DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

28. MÄRZ

AB 28. MÄRZ FESTTAGE FÜR IV JAHRE DEMOKRATIEBEWEGUNG
Sa. 30. März 15:30 Rosa-Luxemburg-Platz: Unser Marsch durch Berlin!

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 165, Samstag, 2. März 2024 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand

BAUERNMACHT STEHT IN BRÜSSEL!

GEGEN VERARMUNG, SPRITZENTOTE, NATO-TERROR









Bauern aus ganz Europa hatten nach Brüssel geladen. Sie kamen in Massen und entzündeten Feuer der Freiheit. Zehntausende Landwirte mit rund 1.000 schweren Maschinen belagerten am Montag, den 26. Februar 2024, die Hauptstadt des europäischen Machtklüngels.

Dafür hatten Hunderte ihr Gefährt über den Rubikon und die Alpen geführt. Die Belagerung gelang. Truppen der EU-Herrscher versuchten, Absperrungen zu errichten, die von beherzten Landwirten eingerissen wurden. Immer weiter drangen die Bauern ins Herz des Molochs ein.

Anlass für die Offensive war ein Treffen der EU-Landwirtschaftsminister, die in Brüssel weitere Drangsalierungen für den Bauernstand verabreden wollten. Sie planen, Gentechnik weiter zu deregulieren, die Bauern mit Bürokratie zu quälen und den EU-Markt mit billigem Getreide aus der Ukraine zu fluten, um die meist mittelständische Landwirtschaft sturmreif für die Übernahme durch Industrie-Giganten zu schießen. Das will die Bauernmacht nicht zulassen und griff beherzt ein.

Erst am Samstag zuvor hatten französische Bauern eine Agrarmesse in Paris gestürmt, wo der im Volk verhasste Präsident Emmanuel Macron sich beim Tätscheln von Nutzvieh ablichten lassen wollte. Während Macron genüsslich die Flanken eines Schlachtochsen prüfte, verkündete er mit flackerndem Blick, französische Truppen gen Moskau führen zu wollen. Spätestens da platzte der erregten und historisch gebildeten Bauernschaft die Hutschnur, sie überwand mit geballter Wucht die Prätorianergarde des WEF-Herrschers. Dieser musste den Rückzug antreten. Und seine Machtbasis schwindet: In allen Teilen des französischen Volkes und auch in den Institutionen der fünften Republik wächst der Zorn auf die Herrschaft des Nato-EU-Todesspritzen-Regimes und die Forderung nach einer demokratischen Neuverständigung.

So auch in Deutschland, wo seit dem 28. März 2020 die Demokratie- und Friedensbewegung – nun gemeinsam mit den Bauern – für die Entmachtung der Tyrannen und die Wiedererrichtung der Republik kämpft. Nun wird in Berlin der vierte Geburtstag dieser gigantischen Bewegung gefeiert, um dann zum umfassenden Sieg zu schreiten. Volle Kraft voraus!

➲ Demos und Demokratiebewegung Seiten 6 und 7

INHALT DW165

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 165. Ausgabe ab Samstag, 2. März 2024. | Redaktionsschluss war am 29. Februar. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: *demokratischerwiderstand.de*

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Die Stimme des Ostens

Der Preis der Republik geht an Colette Bornkamm-Rink.

LAUDATIO von Klaus Müller

Diese Frau hat Cojones (dt.: Eier). Colette Bornkamm-Rink redet nicht um den heißen Brei herum, sondern ohne Rücksicht auf Verluste lieber Tacheles. »Es ist kurz vor zwölf. Unser Land steht vor dem Zerfall«, erklärte sie in DW 159. »Die Menschen müssen in die Eigenverantwortung kommen und begreifen: Widerstand lohnt sich.« Wie das geht, macht die »Friedenshetzerin« selbst vor: Sie steht auf gegen ein zunehmend totalitär agierendes Regime und lässt sich von niemandem einschüchtern.

Im August wurde Colette brutal von der feigen *Fake*-Antifa zusammengeschlagen. Doch nur kurze Zeit später stand sie wieder am Rednerpult, begeisterte ihre Zuhörer in gewohnt emotionaler und mitreißender Manier – und mit viel Witz. In Gera am 9. Dezember scherzte sie in Anspielung auf den propagandistischen ÖRR, dass wohl bald urinbetriebene Radios auf den Markt kommen, »weil mit Scheiße betriebene Fernseher seit Jahren bestens funktionieren«. Die 51-Jährige aus Ascherleben ist 1989 erstmals auf die Straße gegangen: »Wir haben uns damals von einem menschenfeindlichen System befreit.« Heute, rund 35 Jahre später, sind wir wieder an dem Punkt, an dem eine politische Wende dringend vonnöten ist. »Wir haben schon die Impflicht abgewendet. Wir müssen dafür sorgen, dass denen ›da oben‹ der Arsch auf Grundeis geht und sie endlich Politik für und nicht gegen das Volk machen«, sagt sie. Dazu müssten sich die Straßen wieder füllen. Aber »noch immer sitzt der blöde Michel zu Hause. Sind ja noch zwei Bier im Kühlschrank und im Verblödungs-TV läuft das Dschungelcamp«, schimpfte sie auf der Demo in Weißenfels am 25. Februar.

Doch immer mehr wachen auf – auch dank Colette, die ihre Rede einmal mehr mit klaren Worten beendete: »In tiefster Verachtung für dieses korrupte Drecksgeschwader unter der grünversifften Glaskuppel in Berlin schreien wir es raus: Ihr seid unsere Angestellten. Und als eure Arbeitgeber sagen wir euch: Ihr seid gefeuert!« Richtig so. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Preis!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN COLETTE BORNKAMM-RINK. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkt, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee, Claus Weselsky, Martin Müller-Mertens, Ralf Tillenburg, Stella Assange.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Frau im Zug

EINWURF von Werner Köhne

Wie wirken Medien wie das *Smartphone* in unseren spätmodernen Alltag, ja bis in mentalitätsgeschichtliche Prozesse hin? Die Frage ist nicht so trivial und erledigt, wie sie auf den ersten Blick erscheint.

Dringlich wird sie angesichts der beklemmenden Veränderungen in den letzten Jahren – Veränderungen, die struktureller Natur sind und – von oben herab verfügt – eben auch tief in unser Köperbewusstsein und unsere Wahrnehmung hinein wirken. Welche Assoziation könnte etwa eine Szene wie diese wecken: Eine junge Frau sitzt mir im Zug schräg gegenüber, sie hält ein Smartphone in der Hand, zwei Stöpsel in den Ohren und reagiert offensichtlich gerade auf eine *Whatsapp*-Nachricht. Zunächst fällt ihr angestrengter Blick auf den *Screen* auf. Doch plötzlich überzieht ein feines Lächeln ihr Gesicht, das sie alles vergessen lässt, was um sie herum geschieht.

Früher hieß das einmal: Da lächelt jemand versonnen in sich hinein, in Gedanken an ein schönes Erlebnis, das aus der Vergangenheit sanft ins Jetzt hineinragt oder eine Erwartung widerspiegelt, welche die Stirn der In-Sich-Versunkenen glättet und leuchten lässt – vor Sehnsucht oder Gelassenheit. Früher waren derlei feinsinnige Mienenspiele nicht gerade häufig zu beobachten, aber umso anmutiger wirkten sie – ja den Beobachter entzückten sie gar, ermöglichten sie ihm doch eine Erfahrung von menschlicher Nähe in der Fremdheit der Welt.

DIE ANEIGNUNG DER WELT ALS REFLEX

Nun jedoch — das weiß der Zugfahrer — ist dieses Lächeln in der medial verengten Realität viel zu häufig anzutreffen, als dass sich dahinter noch Anmut verbergen könnte oder ein Geheimnis, welches das menschliche Dasein für Augenblicke magisch werden lässt.

Und richtig: Plötzlich, ja erschreckend unvermittelt, friert das Lächeln der jungen Frau ein und der Fahrgast erkennt, dass sich keine Mythen des Alltags dahinter ankündigen; eher ein Reflex losgetreten wird, dem nichts anderes folgt als eine *Like-Ranking*-Bekundung, geteilt mit Tausenden Facebookern und *Followern*. Wahrscheinlich gilt ihre Aufmerksamkeit wieder einmal einem Katzenvideo. Es darf gelächelt werden. Und nährt den Verdacht, dass hier zugunsten eines schnellebigen Effekts ein Stück gelingender Weltaneignung verloren gegangen ist.



WIR BERICHTETEN ALS ERSTE!

Ein kleiner Überblick | Von Hendrik Sodenkamp

Auf diesen Seiten berichteten wir in den vergangenen vier Jahren darüber, dass Corona nicht das Problem ist, beruhigten in der Panik und klärten über Risiken und Nebenwirkungen der »nebenwirkungsfreien« Corona-Spritzen auf. Für diese Berichterstattung wurden wir freien und unabhängigen Journalisten verleumdet, verfolgt und fertiggemacht.

Hier ein Überblick über die Schlagzeilen einer einfachen Google-Suche mit dem Stichwort »Corona« am 28. Februar 2024, vier Jahre nach Beginn der »schlimmsten Pandemie« seit der Spanischen Grippe:

»BERLINER SCHULEN REGISTRIEREN MEHR GEWALT SEIT CORONA-LOCKDOWNS« – TAGESSPIEGEL

»GASTRONOMIE IMMER NOCH NICHT AUF VOR-CORONA-NIVEAU« – RBB24-INFORADIO

»CORONA-QUARANTÄNE: LAND MUSS UNGEIMPFTEN VERDIENSTAUSFALL ZAHLEN« – SWR.DE

»KEKULÉ IM INTERVIEW: ›AB DEM HERBST 2020 HÄTTE ES ALTERNATIVEN GEGEBEN‹« – FOCUS

»KÖLN: KLAGE ZU MÖGLICHEM SCHADEN DURCH CORONA-IMPFUNG« – KÖLNER STADT-ANZEIGER

»AUGSBURGER PANTHER: GERICHT WEIST KLAGE AUF ZAHLUNG VON CORONA-HILFEN AB« – KICKER

»PUBERTÄT BEGINNT SEIT CORONA-PANDEMIE IMMER FRÜHER« – DER STANDARD

»SCHWERE THROMBOSE: KÖLNER WÄRE NACH CORONA-IMPFUNG ›FAST IM PARADIES GELANDET‹« – FOCUS

»BUNDESARBEITSGERICHT: NOCH EIN LETZTES MAL CORONA« – FRANKFURTER RUNDSCHAU

»DISKUSSION LTT UND SWR-TÜBINGEN: WAREN CORONA-MAßNAHMEN SINNVOLL?« – SWR

»ORGANISATOR VON CORONA-DEMOS MUSS 19 MONATE IN HAFT« – BAYERISCHER RUNDFUNK

»LAUTERBACH: ›CORONA BLEIBT EINE GEFAHR‹« – BUNDESMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT

»IMMER NOCH WENIGER FLUGPASSAGIERE ALS VOR CORONA« – TAGESSCHAU

»DIE ANALYSE – PFIZERS POST-CORONA-VISION VERFÄNGT NICHT« – FINANZ UND WIRTSCHAFT

»CORONA-SOFORTHILFE: ÜBER 40.000 FIRMEN MÜSSEN GELD ZURÜCKZAHLEN« – SWR

»ME/CFS: RÄTSELHAFTE UNHEILBARE KRANKHEIT NACH CORONA-IMPFUNG« – FAZ

FAZ.NET
ME/CFS: Rätselhafte unheilbare Krankheit nach Corona-Impfung
Musik, Sport, Freunde – Laurenz genoss sein Leben. Heute erschöpfen ihn selbst kurze Gespräche: Der 22 Jahre alte Frankfurter leidet an ...
vor 1 Woche



Bundesministerium für Gesundheit
Lauterbach: „Corona bleibt eine Gefahr"
Denn es ist inzwischen klar: Immer noch erkranken Menschen am Coronavirus. Und immer noch bekommen manche von ihnen Long COVID. Corona ist KEINE ...
04.12.2023



BR
Organisator von Corona-Demos muss 19 Monate in Haft
Organisator von Corona-Demos muss 19 Monate in Haft. Es waren zwei turbulente Prozesstage mit widersprüchlichen Aussagen des Angeklagten, die ...
vor 3 Wochen



Frankfurter Rundschau
Pubertät setzt verfrüht ein – Corona-Effekt bei Kindern sorgt für Rätsel
In der Pandemie stieg die Zahl der verfrüht Pubertierenden deutlich an. Darauf weisen Daten hin. Auf einige Fragen gibt es zunächst keine ...
vor 5 Tagen

Was bei den Kollegen nicht steht: Mit dem Datenstand vom 26. Februar 2024 wurden bei der Europäischen Arzneimittelagentur EMA 28.757 Todesfälle im Zusammenhang mit den Coronaspritzen gemeldet. Außerdem 664.180 schwerwiegende Nebenwirkungen wie Lähmungen, Herzinfarkte, Behinderungen, Koma, Muskelversagen, Fehlgeburten oder Schlaganfälle. Für Kinder wurden 16.276 solcher schwerwiegender Fälle gemeldet. Man geht von einer massiven Untererfassung aus.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

	2019	2020	2021	2022	2023
Jan.	85.105	84.980	106.803	89.655	99.671
Feb.	81.009	80.030	82.191	82.781	83.340
Mär.	86.739	87.396	81.901	93.872	95.207
Apr.	77.410	83.830	81.877	86.234	84.881
Mai	75.669	75.835	80.876	81.889	82.317
Jun.	73.483	72.159	76.836	79.599	76.879
Jul.	76.926	73.795	76.704	86.081	75.226
Aug.	73.444	78.742	86.658	86.507	78.098
Sep.	71.022	74.243	77.931	81.043	75.384
Okt.	77.006	79.781	85.080	94.444	84.064
Nov.	78.378	85.989	93.915	89.028	87.226
Dez.	83.329	108.792	103.171	115.057	98.554
insgesamt	939.520	985.572	1.023.687	1.066.341	1.020.907

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

SPANIEN GIBT MASKEN-WILLKÜR ZU

Madrid/DW. Auf eine Anfrage der Menschenrechtsgruppe Liberum gab die spanische Regierung am 19. Februar zu, dass die Maskenpflicht während der sogenannten Corona-Pandemie »reine Willkür« war. Das Gesundheitsministerium konnte keine Dokumente vorlegen, die belegen würden, dass die erlassenen Maskenvorschriften auf wissenschaftlichen oder rechtlichen Abwägungen basierten, da es entsprechende Expertensitzungen nie gegeben habe. Zudem wurden Fälle illegaler Masken*deals* bekannt, in deren Folge es zu 14 Verhaftungen kam, was die linke Regierung um Sozialist Pedro Sanchez in arge Bedrängnis bringt. (kmü)

COVID-ZWANGSSPRITZEN IN AUSTRALIEN WAREN RECHTSWIDRIG

Brisbane/DW. Polizisten und Mitarbeiter bei Rettungsdiensten waren im australischen Bundesstaat Queensland einer Covid-Spritzpflicht unterworfen. Der Oberste Gerichtshof entschied nun, dass die dienstliche Anweisung rechtswidrig war. Dies berichtet der Wissenschaftsblog tkp.at. Für viele Menschen kommt dieses Urteil jedoch zu spät. (kmü)

BRASILIEN PLANT IMPFPFLICHT FÜR KINDER

Brasilia/DW. Ein neuer Gesetzentwurf sorgt in Brasilien für kontroverse Diskussionen. Demnach solle die Corona-»Impfung« für Kinder in Kitas und Schulen verpflichtend sein. Der linksradikale Präsident Lula da Silva war bereits in der Vergangenheit mit drastischen Maßnahmen gegen Spritzenverweigerer vorgegangen. 2023 drohte man das Kindergeld für Familien zu streichen, in denen Kinder ungeimpft blieben. (kmü)

WHO RECHNET MIT ANSTIEG NEUER KREBSERKRANKUNGEN

Genf/DW. Aufgrund verschiedener Ursachen sollen in den kommenden Jahrzehnten Krebserkrankungen deutlich zunehmen. Demnach erwartet die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bis zum Jahr 2050 einen Anstieg von 77 Prozent im Vergleich zu 2022 auf 35 Millionen Krebsdiagnosen jährlich. Somit würde jeder fünfte Mensch in seinem Leben an Krebs erkranken. Als Gründe angegeben werden ein ungesunder Lebensstil vieler Menschen (Rauchen, Alkohol, Übergewicht) sowie zunehmende Luftverschmutzung und eine längere Lebenserwartung. Gefährliche mRNA-Injektionen wurden dagegen nicht erwähnt. (kmü)

FACHZEITSCHRIFT: MRNA-STOFFE HEMMEN IMMUNABWEHR

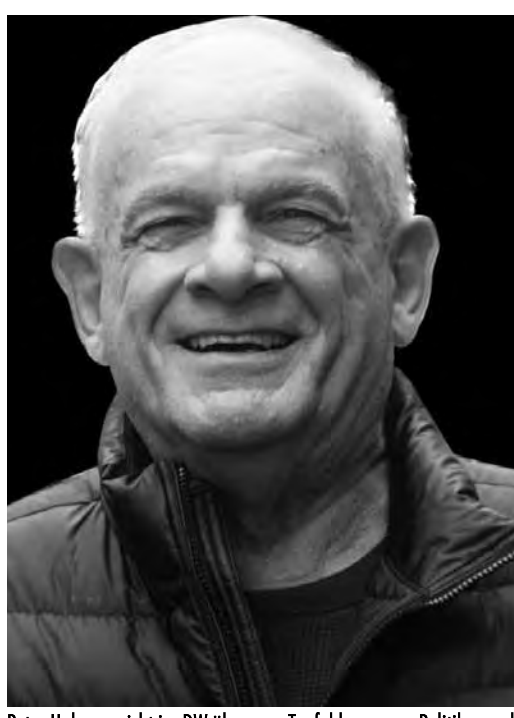
Basel/DW. Wie die medizinische Fachzeitschrift Vaccines nun berichtet, hemmt eine wiederholte Gabe von mRNA nachweislich die natürliche Immunabwehr. Darauf hatte Professor Sucharit Bhakdi von Anfang an hingewiesen. Die Folgen: eine höhere Anfälligkeit für Coronainfektionen, Herzmuskelentzündungen, Autoimmunerkrankungen und Krebs. (kmü)

»Deutschland ist ein moralinverseuchtes Notstandsgebiet«

Fortsetzung des Interviews mit Ex-ZDF-Legende und Bestsellerautor Peter Hahne aus DW 164 | Von Klaus Müller

DW: Herr Hahne, in Ihrem neuen Buch »Ist das euer Ernst?!« schreiben Sie, es sei Aufgabe des Teufels, »mit propagandistischer Dämonie das Volk für dumm zu verkaufen und zu manipulieren.« Sie als Theologe müssen es wissen: Sind unsere Politiker vom Teufel besessen?

Peter Hahne: *(lacht)* Man erkennt bei vielen auf jeden Fall, dass es den Teufel wirklich gibt. Gott hat uns die Freiheit auch zu teuflischem Gedankengut gegeben, also zur Zerstörung, zur Lüge, zum Mord »in Gedanken, Worten und Werken«. Der Zerstörungswahn gepaart mit Hochmoral – das ist Dämonie in Reinkultur. Sie haben Deutschland zu einem moralinverseuchten Notstandsgebiet gemacht. Böse Taten als gut zu verkaufen, das hat schon Klasse *(lacht)*. Wer denkt da nicht an Adam, Eva und die Schlange? Wenn es Gott nicht mehr gibt, ist alles erlaubt. Das wusste schon Dostojewski. Oder darf man den nicht mehr zitieren, weil er Russe war?


Peter Hahne spricht im DW über vom Teufel besessene Politiker und die Spaltung innerhalb der Gesellschaft. Der EU würde er noch eine letzte Chance geben – »wenn die CDU-Spitzenfrau von der Leyen endlich weg ist«. Foto: Axel Rothkehl.

DW: Ist diese Gottlosigkeit der Grund dafür, dass die Welt aus den Fugen geraten ist?

P.H.: Ohne Gott geht die Welt bankrott. Damit meine ich nicht die Kirchen, sondern Christen in Staat und Politik, im praktischen Alltag. Heute schaffen wir das Kreuz ab, Bischöfe verstecken es und die Regierung entsorgt es aus Gebäuden, ebenso wie die Bibelsprüche am Berliner Schloss-Neubau. Und wer mehr als zwei Geschlechter erfindet oder das Geschäft von Panik und Angst betreibt, bezeugt damit, Gott den Abschied gegeben zu haben. Man muss nicht fromm sein, um das zu erkennen. Die Folgen sind fatal.

DW: Sie schreiben, das Virus der Unversöhnlichkeit habe unsere Gesellschaft »inzwischen wie ein Krebsgeschwür zerstört«. Lässt sich die Spaltung dennoch überwinden?

P.H.: Klar, auch Krebs ist Gott sei Dank in vielen Fällen heilbar. Wichtig ist: Bleibt im Gespräch, weicht den trennenden Fragen nicht aus. Und haltet denjenigen, der anderer Meinung ist, dennoch für einen wertvollen Menschen. Nichts ist gefährlicher als die Unversöhnlichkeit. Mich bewahrt mein Glaube vor Hass. Doch das darf die Realität nicht beschönigen, weshalb ich ja über die politischen Verantwortlichen sage: Ich will endlich Handschellen klicken hören.

»EIN PARTEIVERBOT DER AFD HALTE ICH FÜR UNWAHRSCHEINLICH«

DW: Sie erwähnen in Ihrem Buch mehrfach die sogenannte »Brandmauer« zur AfD. Wird diese Ihrer Meinung nach halten, wenn die Partei weiter an Zustimmung gewinnt?

P.H.: Im großen Stil Berlins: ja. Das schafft nur die Parallelgesellschaft. Die hatten ja auch nie die Absicht ..., na ja, Sie wissen schon. Auf kommunaler Ebene, wo sich die Leute untereinander kennen und schätzen, gibt es die schon längst nicht mehr. Soll man gegen eine Umgehungsstraße oder einen neuen Kindergarten sein, nur weil die AfD das beantragt? Lächerlich! Aber Berlin packt die Panik, denn die herrschende Klasse, diese Kevins und Ricardas, leben doch von der Politik. Deshalb fordere ich ja: Nur Leute mit abgeschlossener Berufsausbildung dürfen sich zur Wahl stellen.

DW: Schon seit einiger Zeit wird über ein Parteiverbot der AfD debattiert. Wird das kommen?

P.H.: Das halte ich für unwahrscheinlich. Das sehen selbst Hassprediger wie Merz so. Im Übrigen ist es die beste Wahlhilfe für die AfD, dauernd davon zu reden.

DW: Erhoffen Sie sich vom Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) und der Werteunion eine Verbesserung der Parteienlandschaft?

P.H.: Das wird sich zeigen müssen. Auf jeden Fall hat Deutschland inzwischen mehr Parteien als China oder Nordkorea *(lacht)*. Das ist doch gut, oder? Nur sollte jeder wissen: Alles, was unter fünf Prozent bleibt, ist eine verlorene Stimme und schwächt die Opposition. Es wäre besser, die Kräfte zu bündeln. Dennoch gilt: Getrennt marschieren, vereint siegen. Die Ostwahlen im Herbst sind die Nagelprobe.

»WENN TRUMP IN DEN USA REGIERT, MUSS SICH DEUTSCHLAND WARM ANZIEHEN«

DW: Es wird derzeit mächtig aufgerüstet – auch verbal. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) spricht von einem Krieg mit Russland in wenigen Jahren, CDU-Politiker Roderich Kiesewetter will den »Ukrainekrieg nach Russland tragen«, zudem werden Forderungen nach einer Atombombe für die EU laut. Geht‘s noch bekloppter?

P.H.: Die haben doch alle den Verstand verloren. Da reicht das Wort »bekloppt« nicht mehr – vor allem bei diesem Herrn von der CDU. Und Annalena plappert uns weltweit in die Lächerlichkeit. Wenn Trump die nächste Wahl gewinnt und dann erneut in den USA regiert, muss sich Deutschland warm anziehen.

DW: Kommen wir zur EU! Sind Sie für einen »Dexit«?

P.H.: Einen letzten Versuch hat die EU noch – wenn die CDU-Spitzenfrau von der Leyen endlich weg ist. Aber schon jetzt muss klar sein: Deutschland darf nicht länger Zahlmeister und Opfer in einem sein. Wir müssen uns lösen von irrsinnigen Verordnungen. Und dieser korrupte Sumpf muss endlich ausgetrocknet werden.

DW: Wie geht‘s nun weiter?

P.H.: Wir müssen den anderen die Sprachhoheit und damit die Deutungshoheit nehmen. Das ist wichtig. *Fakenews*, Schwurbeleien, Verschwörungstheorien – das sehen wir geballt bei Pressekonferenzen der Regierungen und der sie tragenden Parteien. Das müssen wir entlarven. Sie machen das mit Ihrer Zeitung, dem *Demokratischen Widerstand*, erfolgreich und klug. Ich mache das in meinem neuen Buch Seite um Seite anhand vieler Beispiele. Man muss sich nur anschauen, was die Regierung mit unserem Geld anstellt. Beim Protz-Anbau des Kanzleramtes ist es besonders hanebüchen: Da kontrollieren die Kontrolleure sich zuletzt selbst und spielen nur Demokratie. In anderen Bereichen ist es ähnlich. Oder glaubt jemand im Ernst, dass der Arzt, der einen x-mal geimpft hat und schließlich den Totenschein ausstellt, darauf dann als Ursache »Impffolgen« vermerkt!?

DW: Herr Hahne, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Auf Seite 14 lesen Sie einen Auszug aus Peter Hahnes neuem Buch »Ist das euer Ernst?!«

Wegen des großen Erfolges: Ampel gönnt sich Gehaltserhöhung

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, die Wohnungsnot in unserem Land steigt nicht nur, wie die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* berichtet, »eskaliert« sie inzwischen sogar. Nur gut, dass die Alpenprawda, auch *Süddeutsche Zeitung* genannt, schon eine Lösung für dieses Problem parat hat: »Oma soll umziehen.«

Der Grund: »Ältere Menschen leben oft allein in vier Zimmern oder in Einfamilienhäusern. Das verknappt den Markt für junge Familien«, schreibt das Hetzblatt. Es sei also höchste Zeit für ein paar Umzüge. Tja, in einer Gesellschaft, in der Ungespritzte gejagt wurden, AfD-Wähler wahlweise als »Haufen Scheiße«, »Ratten« oder »Parasiten« diffamiert und ohnehin alle Menschen mit gesundem Verstand als »Nazis« beschimpft werden, haben auch Senioren nicht mehr viel zu lachen. Altenfeindlichkeit nennt man das oder – wie *Tichys Einblick* zurecht anmerkt – in der Sprache von *SZ* und anderen rot-grün-versifften Medien noch treffender: »Altersrassismus«. Motto: Wer im Park nach Pfandflaschen sucht, kann auch gleich unter der Brücke schlafen. Oder einfach früher sterben.


Ginge es nach der Süddeutschen Zeitung, sollen Senioren, die in zu großen Wohnungen leben, ihre Habseligkeiten zusammenpacken und Platz machen für junge Familien. Dies wäre schließlich auch gut fürs Klima. Foto: Commons.

An einen Fall von *Fat Shaming* musste ich spontan denken, als ich einen Artikel überflog, in dem es um den Besuch von Ricarda Lang in Magdeburg am 24. Februar ging. Von brennenden Tonnen musste ich da lesen und war ganz erleichtert, als ich feststellte, dass damit nicht die Bundesvorsitzende der Grünen gemeint war. Puh! Tja, aber so ist das inzwischen: Überall, wo die Hampel-Politiker auftauchen, schlägt ihnen die pure Begeisterung des Volkes entgegen. Und weil das so ist, dachte sich die Bundesregierung wohl, dass ihr höhere Bezüge zustehen: Ab dem 1. März dürfen sich Kanzler Scholz & Co über um sechs bis sieben Prozent höhere Einkommen freuen. Ich finde, wegen des großen Erfolgs hat sich die Regierung diese Geldspritze durchaus verdient: Unser Land wird immer schneller abgewrackt. Das muss ihr erstmal jemand nachmachen! Während die Bürger also sparen sollen und müssen, leben die Politiker in Saus und Braus. Neid ist jedoch völlig unangebracht: Vor allem mit den Grünen, die Wohlstand bekanntlich hassen, sollte man eher Mitgefühl haben.

Herzhaft lachen musste ich jüngst über zwei *Headlines* im Springer-Blatt *Welt*. In einer hieß es am 27. Februar: »Wenn Männer ihren Eisprung haben ...« Ich muss zugeben: Weiter habe ich nicht gelesen. Die Antwort liegt auf der Hand: Dann sollten sich die Betroffenen schnellstmöglich um einen Platz in der Klapsmühle bemühen. Am 28. Februar ließ sich Chefreporterin Anna Schneider zu einem Kommentar hinreißen mit der Überschrift: »Medien sollten den Staat hinterfragen – und nicht dessen Einschätzungen übernehmen«. Respekt, Frau Schneider! Gut, manche brauchen für

Weiterlesen auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Selbstverständlichkeiten eben etwas länger, aber immerhin. Nur leider befürchte ich, dass es sich dabei eher um einen Feigenblatt-Artikel handelt. Denn wie heißt es so schön: Man beißt nicht die Hand, die einen füttert. In ihrem Kommentar geht es um den Deutschen Journalisten-Verband, der vorsorglich an die Medien appelliert, ihre Berichterstattung über die AfD »neu zu justieren«, sollte die Partei vom Verfassungsschutz tatsächlich als »gesichert rechtsextrem« eingestuft werden. Der DJV-Vorstand fordert allen Ernstes Warnhinweise »wie auf Zigarettenschachteln«. Schneider meint dazu: »Wer sich daran hält, sollte Erzieher werden, nicht Journalist.« Ich vermute, Kindergärten stehen nun vor einer Bewerberflut.

Richtig erschrocken habe ich mich am Dienstag: Beim landete ich versehentlich beim *ZDF* und »Markus Lanz«. Da erklärte ein Gast dem Moderator, man habe große Schwierigkeiten, zwischen staatlichen Akteuren und Kriminellen zu unterscheiden. Lanz stimmte zu und ergänzte: »Weil sozusagen alles mittlerweile auch bis hoch in höchste Regierungsämter direkt oder indirekt mit drinhängt.« Ich konnte es kaum glauben, traute meinen Ohren nicht, ehe ich realisierte, dass es nicht um Deutschland, sondern um Mexiko und globale Drogenbanden ging – und schnell wieder umschaltete.

Was ist sonst noch passiert? Annalena war mal wieder auf Reisen – diesmal ging es in die Ukraine. Dort musste sie zunächst in Odessa nach einem Luftalarm einen Schutzraum aufsuchen, den Besuch eines Wasserwerks in Mykolajiw dann sogar vorzeitig abbrechen, weil sie angeblich von einer russischen Aufklärungsdrohne verfolgt wurde. Professor Stefan Homburg fragte dazu am 27. Februar auf X: »Erhält Deutschland eigentlich Gegenleistungen für Radwege in Peru oder Waffenlieferungen an die Ukraine?« und beantwortete sich die Frage gleich selbst: »Durchaus: Landeerlaubnisse für Fotoshootings von Baerbock. Mit *Highheels* im Kriegsgebiet tröstet sie über den Mangel außenpolitischer Strategien oder gar Erfolge hinweg.«

Abschließend noch: In DW-Ausgabe 163 berichtete ich an dieser Stelle über die gequälten Tiere aus Kunststoff, Holz oder Porzellan, die die Tierrechtsorganisation PETA künftig von Karussells verbannen will. In den sozialen Medien geht derzeit ein Leserbrief um, in dem heißt es: »Als ich den Artikel über die Karussellpferde gelesen hatte, wurde mir klar, dass ich was unternehmen muss. Mit Tränen in den Augen erschoss ich den treuen Kuckuck meiner Kuckucksuhr, um ihm das endlose Leid in unserer Republik, in der es nur so von Idioten wimmelt, zu ersparen. In diesem Land wundert mich nichts mehr.« Dem ist nichts hinzuzufügen.



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



Am Dienstag besuchte mit Olaf Scholz (SPD) erstmals ein Bundeskanzler die große Kreisstadt Emmendingen in Südbaden. Sprechchöre mit »Hau ab« und ein gellendes Pfeifkonzert erwarteten den zuvor per Hubschrauber eingeflogenen BRD-Politiker beim Herauskommen aus dem Rathaus. Im Inneren des Gebäudes hatte Scholz ausgewählten »Bürgern« geskriptete Fragen beantwortet. Foto: Turmbote



KEIN ERFOLG IN WEINHEIM: DIE MASKEN-SCHLACHT VOR GERICHT GEHT WEITER

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. Martin Schwab

Am 26. Februar 2024 fand vor dem Amtsgericht Weinheim die Hauptverhandlung gegen meine Mandantin, eine Patientin von Dr. Monika Jiang, statt. Sie soll Letztere dazu veranlasst haben, für sich und für drei Familienangehörige Maskenbefreiungsatteste auszustellen, ohne vorher eine Untersuchung in Präsenz durchzuführen. Strafbar nach §§ 278, 26 StGB als Anstiftung zur Ausstellung eines unrichtigen Gesundheitszeugnisses.

Wir erinnern uns: Monika Jiang war am 20. Februar 2024 zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden, weil sie insgesamt 4.783 falsche Maskenatteste ausgestellt haben soll (siehe meinen Bericht in DW-Ausgabe 164). Sowohl sie selbst als auch die Staatsanwaltschaft haben gegen dieses Urteil Revision eingelegt. Das hielt die Richterin aber nicht davon ab, über den Fall zu verhandeln: Mein Antrag auf Aussetzung des Verfahrens wurde abgelehnt. Das Gericht müsse sich ein eigenes Bild von den Attesten machen, um die meine Mandantin gebeten habe.

Die Beweisaufnahme erschöpfte sich in der Vernehmung der Polizeibeamtin, die seinerzeit den Ermittlungsbericht geschrieben hatte. Die angeblich ohne Untersuchung ausgestellten Atteste befanden sich (was ich ausdrücklich rügte) nicht bei der Gerichtsakte. Der Wortlaut der angeblich ausgestellten Atteste wurde in der Hauptverhandlung nicht einmal verlesen. Meinen Antrag, die Schädlichkeit von Masken durch ein Sachverständigengutachten zu beweisen, lehnte das Gericht ab: Es sei nicht Aufgabe des Gerichts, zu prüfen, ob Masken etwas bringen oder ob sie schaden. Die Gerichte wollen die Wahrheit über Masken ums Verrecken nicht wissen. Obwohl der Notwehreinwand auf der Hand liegt.
Die Staatsanwaltschaft forderte in ihrem Plädoyer eine Geldstrafe; ich plädierte auf Freispruch. Ich zweifelte insbesondere die innere Tatseite an:
(1) Es fehle, so trug ich vor, an dem sog. Anstiftervorsatz, der nach § 26 StGB Voraussetzung für eine Strafbarkeit wegen Anstiftung ist. Zwar sei es in normalen Zeiten selbstverständlich, dass einer ärztlichen Bescheinigung eine Untersuchung in Präsenz vorausgehe. Aber die Corona-Zeit sei gerade nicht normal gewesen. Überall habe es geheißen, man solle möglichst zuhause bleiben. In zahlreichen Arztpraxen seien die Patienten am Eingang aufgefordert worden, nur einzutreten, wenn sie keine Symptome haben. Und eine AU-Bescheinigung habe man mittels Ferndiagnose erhalten können. Dann aber habe man als Patient auch beim Maskenattest eine persönliche Untersuchung für entbehrlich halten dürfen. Zumal meine Mandantin noch ausdrücklich nachgefragt hatte, ob die von ihr geschilderten Beschwerden Krankheitswert haben.

(2) Die Atteste hätten, so trug ich weiter vor, nicht »zur Vorlage bei einer Behörde« gedient, was aber nach § 278 StGB in der damaligen Fassung Voraussetzung für die Strafbarkeit war. Nach ständiger Rechtsprechung des BGH (zuletzt Urteil vom 10. Dezember 2022 – 5 StR 283/22) sei nämlich als »Behörde« nur eine solche anzusehen, die in der Lage sei, die Validität eines Gesundheitszeugnisses kraft eigenen medizinischen Sachverstands zu prüfen. Dieses Erfordernis erfülle insbesondere die Polizei nicht.

Das Gericht verurteilte meine Mandantin zu einer Geldstrafe:
(1) Es sei zulässig, die Existenz und den Inhalt der Atteste sowie das Fehlen einer ärztlichen Untersuchung aus Indizien zu schließen. Diese Indizien seien hier die folgenden:
• Meine Mandantin habe die Mitarbeiterin von Monika Jiang per Mail darum gebeten, ihr die Atteste zuzumailen.
• Monika Jiang habe für meine Mandantin keine Patientenakte geführt (ihr Name tauchte bei der Liste der beschlagnahmten Patientenakten nicht auf)
• Meine Mandantin habe ausweislich der beschlagnahmten Kontoauszüge die Atteste bezahlt.

Der Wortlaut der Atteste sei immer derselbe gewesen. Das lasse sich aus Attest-Vordrucken schließen, die in der Praxis von Monika Jiang beschlagnahmt worden seien. Aha. Weil andere Atteste einen bestimmten Wortlaut hatten, hatte auch das Attest meiner Mandantin diesen Wortlaut. So klar, dass man diesen Wortlaut noch nicht einmal verlesen musste. Wollte das Gericht sich nicht ein eigenes Bild von den Attesten im Fall meiner Mandantin machen?

(2) Am Vorsatz meiner Mandantin sei nicht zu zweifeln. Es müsse ihr klar gewesen sein, dass es nicht in Ordnung ist, wenn man, statt sich an einen Arzt in der Nähe zu wenden, eine bis dato völlig unbekannte Ärztin anschreibe, von der man irgendwie mitbekommen habe, dass sie Maskenatteste ausstelle, und sich solche Atteste gleichsam wie bei Amazon bestelle.

Die von mir zitierte Entscheidung BGH 5 StR 283/22 spielte bei der Urteilsbegründung keine Rolle. Ich bin gespannt, wie das Gericht in den schriftlichen Urteilsgründen belegen will, dass die Atteste zur Vorlage bei medizinisch sachkundigen Behörden gedient haben sollen. Denn weder die polizeilichen Ermittlungen noch die gerichtliche Beweisaufnahme haben irgendeinen Hinweis darauf ergeben.
Meine Mandantin und ich erwägen, in Berufung zu gehen.

MELDUNG

GEHEIMTREFFEN DES MDR MIT VERFASSUNGSSCHUTZ

Berlin/DW. Wirtschaftsjournalist Norbert Häring berichtet auf seinem Blog, dass der *MDR* »Hintergrundgespräche« mit dem Verfassungspräsidenten seines Sendegebiets, in dem im September »zufällig« zwei Landtagswahlen stattfinden, anberaumt habe. Gegenüber *Apollo-News* bestätigten sowohl der *MDR* als auch der Inlandsgeheimdienst Sachsen-Anhalts den Sachverhalt. Über die Inhalte der drei geplanten beziehungsweise bereits stattgefundenen Gespräch ist nichts bekannt. Die »Vertraulichkeit« müsse laut Sender gewahrt werden. (kmü)

CORRECTIV IN BEDRÄNGNIS

Hamburg/DW. Eine Lüge trieb die Massen auf die Straße, um »gegen rechts« zu demonstrieren. Das Landgericht Hamburg urteilte, dass das Portal *Correctiv* seinen Artikel zum vermeintlichen Potsdamer »Geheimtreffen« vom 10. Januar korrigieren muss. Dabei geht es um eine Behauptung über den Staatsrechtler Ulrich Vosgerau, der einen Antrag auf einstweilige Verfügung gestellt hatte. Laut Aussage des Juristen gegenüber *Tichys Einblick* sei der größte Erfolg des Verfahrens jedoch, dass *Correctiv* eingestehen musste, dass es sich bei den zentralen Behauptungen des Textes, in dem es um die millionenfache Vertreibung von Migranten und sogar der Ausweisung von Deutschen ging, nicht um Tatsachen handelt, sondern lediglich um Meinungen und Deutungen seitens *Correctiv*. (kmü)

INLANDSGEHEIMDIENST BEREITET NEUE EINSTUFUNG DER AFD VOR

Berlin/DW. Der Kampf gegen die Opposition wird verschärft: Bislang gilt die AfD nur als ein Verdachtsfall, doch laut Medienberichten plant der Verfassungsschutz nun offenbar, die gesamte Partei als »gesichert rechtsextrem« einzustufen. Demnach wurde ein »Koordinierungsteam« im Bundesamt mit der entsprechenden Bearbeitung beauftragt. Laut *Süddeutscher Zeitung* soll der Verfassungsschutz seit Monaten an einem neuen Gutachten arbeiten. Bereits im April 2023 kursierte in der Behörde angeblich der erste Entwurf einer Gliederung. Aufgelistet sind dort u. a. Rassismus und Autoritarismus in der AfD sowie unter der Überschrift »Entwicklung der Partei seit März 2022« zudem ein neuer Punkt: »Verhältnis zu Russland«. (kmü)

AM DEUTSCHEN WESEN SOLL DIE WELT GENESEN?

Berlin/DW. Einem Artikel von *Apollo-News* zufolge will die Bundesregierung mit deutschen Steuergeldern Sozialsysteme im Ausland direkt finanzieren. Dies gehe aus dem Entwurf eines internen Positionspapiers der SPD-Bundesfraktion zur »Zukunft sozialdemokratischer Entwicklungspolitik nach der Zeitenwende« hervor. (kmü)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
Hamburg: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachse • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
WIEN - A: Freitag • 16.30 • BR Regional • Wallensteinstr.
WIESBADEN: Samstag 19.3 • ORF • Wien Lorely Saal, Dr. Jonas Tögel
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ALTWARMBÜCHEN, 18 Uhr, am Rathaus – ANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Marktplatz – ARNIS, 18 Uhr, Schifferkirche – ATTENDORN, 18 Uhr, am Rathaus – BAD LANGENSALZA, 19 Uhr, vor dem Teeladen – BERLIN- KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BIBESHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – BÜRGEL, 18 Uhr, am Schützenhaus – DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus– EINBECK, 18 Uhr, am Till Eulenspiegel Brunnen – ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus – FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus – FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus – GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas – HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – HOFGEISMAR, 18 Uhr, am Rathhaus – LANGENSELBOLD, 18.30 Uhr, am Marktplatz – LIPPSTADT, 18 Uhr, am Rathausplatz – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – OESTRICH-WINKEL, 18 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – PFEDELBACH, 18 Uhr, am Rathaus – PLÜDERHAUSEN, 18 Uhr, am Marktplatz – RÖBEL, 18 Uhr, am Rathaus – SELIGENSTADT, 18.30 Uhr, am Kapellenplatz.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Termin	Ort	Art
Sa, 2.3.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 2.3.2024 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 2.3.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 2.3.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 2.3.2024 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 2.3.2024 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 2.3.2024 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 2.3.2024 11-13 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo
Sa, 2.3.2024 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 3.3.2024 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 4.3.2024 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 4.3.2024 19-20 Uhr	Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee,am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Berlin, Wilmersdorferstr./Stuttgarter Platz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 4.3.2024 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 4.3.2024 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 4.3.2024 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 4.3.2024 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 4.3.2024 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 4.3.2024 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 4.3.2024 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 4.3.2024 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-19 Uhr	Höxter, Weserstr. 11	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 19-20 Uhr	Mayen, am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-19:30 Uhr	München, Stachus	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18:30-21 Uhr	Neubrandenburg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 4.3.2024 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 4.3.2024 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 4.3.2024 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 4.3.2024 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 4.3.2024 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 4.3.2024 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 4.3.2024 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 4.3.2024 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 5.3.2024 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 5.3.2024 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 5.3.2024 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 5.3.2024 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 5.3.2024 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 6.3.2024 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 6.3.2024 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 6.3.2024 18-21 Uhr	Hannover, Kröpcke	Demo
Mi, 6.3.2024 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 6.3.2024 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 6.3.2024 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 6.3.2024 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 6.3.2024 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 6.3.2024 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 6.3.2024 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 6.3.2024 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 6.3.2024 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 7.3.2024 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 7.3.2024 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 7.3.2024 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 7.3.2024 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 7.3.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 7.3.2024 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 7.3.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 7.3.2024 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 7.3.2024 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 7.3.2024 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 8.3.2024 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 9.3.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 9.3.2024 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 9.3.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 9.3.2024 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 9.3.2024 14-16 Uhr	Freiburg, am Konrad-Adenauer Platz	Demoaufzug
Sa, 9.3.2024 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 9.3.2024 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 9.3.2024 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 9.3.2024 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 30.3.2024 15:30-20 Uhr	Berlin, Rosa-Luxenberg-Platz	4 JAHRE DEMOKRATIEBEWEGUNG
Sa, 3.8.2024	Berlin, Siegessäule	GROßDEMO

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN



MEDIENMACHT MUSS UMSCHWENKEN

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Polizisten für Aufklärung

Bernd Bayerlein: Ein klassisches Beispiel: USK-Chef von München gibt ein Interview für die Bild-Zeitung München, wo er sich nicht unbedingt wohlwollend über die Demonstranten äußert und die These äußert, Kinder würden zu den Montagsspaziergängen »als Schutzschilde« mitgebracht. Dazu muss ich sagen, das ist eine gewagte Aussage. Und der Vorgang war dann im Artikel unterlegt mit einem Bild, wo ein Teilnehmer der sogenannten Stuttgarter Party- und Event-Szene einen Polizisten umtritt. Das Ganze wird angeheizt mit solchen Bildern, die gar nichts mit der Demokratiebewegung zutun haben.

Lenz: Wir sind hier zusammen drin. Seit 28. März 2020 sind jeden Tag in allen Regionen unseres Landes Demonstrationen, jeden Tag, überall, teils nehmen Hunderttausende bis Millionen gleichzeitig teil. Zuletzt kamen die Bauern massiv hinzu. Gibt es eine Chance, diesen Moment der Bürgerkriegsgefahr zu überspringen und zu einer neuen Verständigung zu finden?



Bernd Bayerlein hat nach der mittleren Reife bereits als 16-jähriger ein Praktikum bei einer Polizeiinspektion in Nürnberg absolviert und ist anschließend im Alter von 17 Jahren in den Polizeidienst eingetreten. 33 Jahre hat er seinen Traumberuf als »Freund und Helfer« gelebt und es zur Führungskraft mit dem Dienstgrad Polizeihauptkommissar gebracht. Mit Beginn des Corona-Ausnahmezustands hat der überzeugte Polizist die oft aus seiner Sicht überzogenen Maßnahmen in Frage gestellt und sich entschieden, diese bei einer Demonstration am 8.8.2020 in Nürnberg öffentlich zu kritisieren. – In der Reihe »Apolut im Gespräch« mit Journalist und Verleger Anselm Lenz spach Bernd Bayerlein über die Folgen seines Outings, seine Suspendierung und sein Engagement im Verein »Polizisten für Aufklärung«. Foto: Apolut

Bernd Bayerlein: Ich habe da auch keine Patentlösung. Es liegt natürlich an der Masse, die sich in Bewegung setzt. Wenn die Masse mal so groß ist…

Lenz: … dann heißt es ja immer, es seien »20.000 Nazis« gewesen.

Bayerlein: Die Medienmacht ist der Hauptfaktor, wo ein Umschwenken stattfinden muss. Das haben wir jahrelang gesehen, wie eine ganze Weltbevölkerung lenkbar gemacht wird, siehe Ukraine jetzt zuletzt. Man behauptet, alles habe ich in den letzten zwei Wochen (vor der Invasion; red.) abgespielt.

Dies ist ein Auszug aus der alternativen Talkshow »Apolut im Gespräch« (Apolut.net). NichtOhneUns.de und die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand stehen von Anfang an für den Fünf-Punkte-Plan (Seite 2 unten links) und die friedliche Verfassungserneuerung aus dem Volk selbst.





Madrid: Spanische Bauern am 26. Februar 2024 im Kampf gegen das Regime. Foto: Telegram/Anonym Citoyen



Nürnberg, 26. Februar 2024: Die Freie Bundesrepublik Deutschland gegen die faschistische Todesmedizin der Herrscher. Foto: Telegram/Demofotos

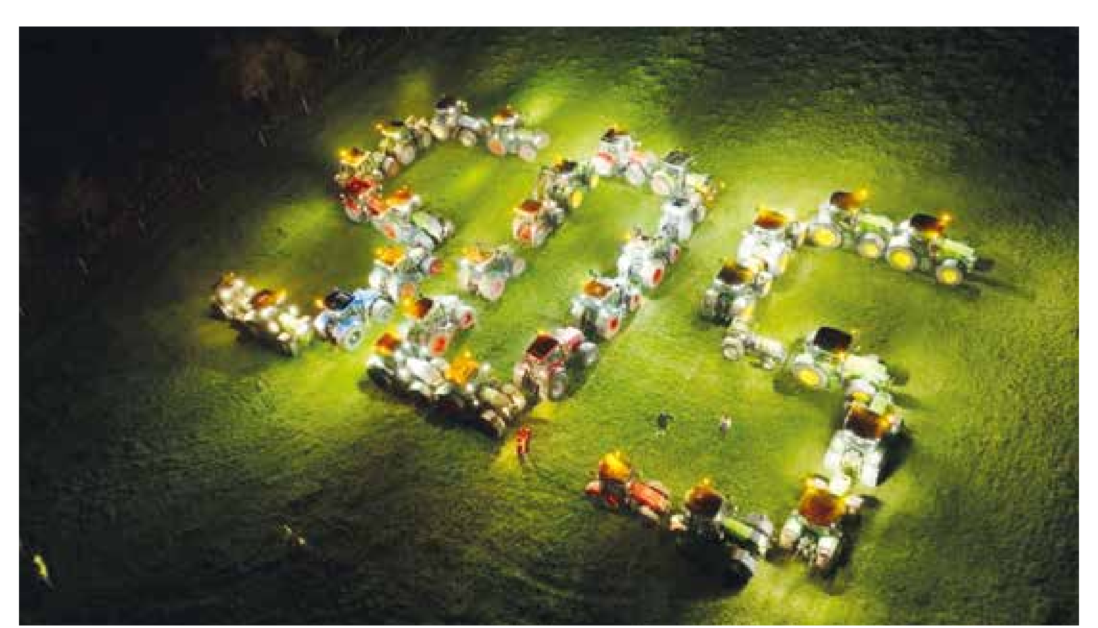


Die eidgenössischen Landwirte schwören sich auf den Widerstand ein. Sie machen sich auf den Weg, die Herrschaft der Konzerne zu brechen. Foto: Telegram/Anonym Citoyen

ZEITEN DES SÄENS, ZEITEN DES ERNTENS

Ob ein Pflänzchen wächst, hängt mit einigen Faktoren zusammen: Der Boden muss bereitet sein, die Temperatur stimmen, die Sonne den richtigen Stand haben – manche meinen ebenso: vom Mond. Dann kann es losgehen. Wie schnell das geht, hängt aber auch von der Pflanze ab. Passt sie an den Ort? Reichen die Sonnentage für Wachstum und Ernte? Oder kommt der Winterwind zu früh? Kann sie sich fortpflanzen, sich erneuern oder bleibt es ein einjähriges Erblühen?

Dann hängt es auch noch von der Kraft des Samens ab, wie schnell es geht. Viel kann da daneben gehen. Der Samen, der am 28. März 2020 auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz gesetzt wurde, trägt seit dem ersten Tag Blüten und Früchte. Ein Wunder! Der Widerstand geht ins fünfte fruchtbare Jahr. Vom 28. bis 30. März feiern wir Aussaat- und Erntedankfest in Berlin. Sie sind herzlich willkommen! (Hendrik Sodenkamp)



Ein Hilferuf aus der Schweiz am 25. Februar 2024. Foto: Telegram/Anonym Citoyen



Februar 2024 Demokraten in Königs Wusterhausen am 26. Februar 2024. Die Völker Europas erheben sich. Foto: Telegram/Demofotos



»Für Clemens Arvay, Doris, Boris Pfeiffer« und »den Totgespritzten« – am 25. März 2023 zog der erste Marsch durch Berlin der Demokratiebewegung von der Volksbühne zum Bundestag, trug den Ehrenkranz durch die Hauptstadt. – Der zweite Marsch durch Berlin findet am 30. März 2024, 15:30 Uhr, ab Rosa-Luxemburg-Platz statt. Foto: DW/Belickin



ZITAT DER WOCHE

Foto: Bildschirmfoto.

»Ich will nicht sagen, dass wir verarscht werden, aber wir werden verarscht.«

Bauernsprecher Anthony Lee redete sich am 27. Februar in einem YouTube-Video (Titel: »Wie viel Unsinn kann dieses Land noch ertragen?«) in Rage.



»Deutschland braucht Mut«

Der politische Aktivist Serge Menga erklärt, worauf es in diesen Zeiten ankommt

INTERVIEW von Klaus Müller

DW: Bitte stellen Sie sich kurz vor.
Serge Menga: Mein vollständiger Name ist Nkumu Kusa Menga Nsibu I. Ich bin 46 Jahre, lebe in Essen. Ich wurde in Kinshasa, im Kongo, geboren, kam nach Aufenthalten in Frankreich, der Schweiz, Belgien und den Niederlanden gemeinsam mit meinen Eltern im Alter von elf Jahren nach Deutschland. Ich bin gelernter Energieelektroniker, war professioneller DJ und bin heute als Unternehmer, Entwicklungshelfer und politischer Aktivist tätig.


»Für uns darf es nicht um links gegen rechts gehen, sondern einzig um ein respektvolles Miteinander«, sagt Serge Menga. Die Politik agiere gegen das Volk. Deshalb fordert er: »Wir müssen Widerstand leisten.« Infos zu seiner Stiftung gibt es auf sergemengafoundation.com. Foto: privat.

DW: Sie sind König des Stammes Clan Kiangala der Provinz Kongo Central. Dort bekämpfen Sie vor Ort Flüchtlingsursachen.
S.M.: Ja, das kann man so sagen. Der Kongo ist reich an natürlichen Rohstoffen, gilt aber als eines der ärmsten Länder der Welt, was u. a. mit der Vetternwirtschaft und der Korruption in den afrikanischen Ländern zusammenhängt. Den König-Titel habe ich mir durch jahrelange Aufbauprojekte verdient. Als Entwicklungshelfer liegt mein Fokus vor allem auf Bildung und Landwirtschaft. Bildung ist der Grundstein dafür, dass Menschen in Würde leben können. Wir tun alles dafür, um die Jugend im Land zu halten. Meine Stiftung, die Serge Menga Foundation, erwirtschaftet 90 Prozent der Investitionen aus eigener Tasche: Ich habe im Kongo eine Firma, Menga Industries, die im Bereich Import von Bau- und Agrarmaschinen tätig ist.

DW: Als politischer Aktivist unterstützen Sie hierzulande die AfD. Wieso?
S.M.: Seit rund zehn Jahren findet bei uns eine unkontrollierte Massenmigration statt. Die AfD ist die einzige Partei, die das Problem benennt, etwas dagegen unternehmen will und die die Eier hat, mich bei ihren Veranstaltungen auftreten zu lassen. Ich rede frei Schnauze und spreche offen Dinge an, die allen anderen Parteien äußerst unangenehm wären.

DW: Dabei waren Sie einst selbst ein Flüchtling.
S.M.: Deshalb weiß ich, wovon ich rede. Ich bin der Meinung, dass jeder, der sein Leben gefährdet sieht oder ein Dasein in Armut fristet, das Recht hat, nach Glück zu streben. Wenn diese Menschen eine neue Heimat finden, haben sie dem Land, das sie aufgenommen hat, Respekt und Dankbarkeit zu zeigen und alles dafür zu tun, sich zu integrieren. Doch das passiert oftmals leider nicht, was letztlich den sozialen Frieden gefährdet.

DW: Spötter bezeichnen Sie als »schwarzen Nazi« und glauben, Sie würden von der AfD für Ihre Auftritte bezahlt.
S.M.: Ich wünsche mir, dass diese Leute endlich ihr Hirn einschalten. Ich bin weder AfD-Mitglied noch wird man meinen Namen auf einer AfD-Gehaltsliste finden. Vor kurzem schrieb mir jemand, ich sei ein dummer Neger und würde, wenn die AfD an die Macht käme, abgeschoben und wieder im Busch landen. Derjenige wollte die AfD also mit haltlosen Vorwürfen diskreditieren und enttarnte sich dabei selbst als lupenreiner Rassist. Witzig, oder?

DW: Derzeit gehen viele Menschen gegen die AfD auf die Straße. Können Sie das nachvollziehen?
S.M.: Jede Demo, die zu einem Diskurs führt, ist in Ordnung. Ich kann nicht in den Kopf eines jeden einzelnen Politikers schauen, aber ich halte die AfD weder für fremdenfeindlich noch für rechtsextrem. Ich orientiere mich an ihrem Parteiprogramm und an den Erfahrungen, die ich mit der Partei bisher gemacht habe und die sind positiv.

DW: Sie sagen in einem Ihrer YouTube-Videos, dass es für Deutschland bereits kurz *nach* zwölf sei. Was werfen Sie der Politik neben der verfehlten Migrationspolitik noch vor?
S.M.: Ich gehörte während Corona zu den Maßnahmenkritikern. Wir wurden als Coronaleugner und Aluhutträger diffamiert. Heute weiß jeder: Wir hatten recht. Aber eine Aufarbeitung gibt es nicht. Auch die Energiepolitik ist ein großer Fehler. Man macht für alles Putin verantwortlich, anstatt alles dafür zu tun, die Wirtschaft am Laufen zu halten. Und bevor man viele Milliarden in die ganze Welt verteilt, sollte man sich erstmal um die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung kümmern.

DW: Was fordern Sie?
S.M.: Die Politik verfolgt eine Agenda und um diese zu erreichen, beraubt sie uns unseren Grundrechten. Was Deutschland am meisten braucht, ist Mut. Wir müssen Widerstand leisten und um unsere Rechte kämpfen.

DW: Wer Sie kennt, weiß, dass Sie ein lustiger Vogel sind. Humor hilft in diesen Zeiten, oder?
S.M.: Oh, ja. Ich rate jedem, der die Schnauze voll hat, von dem was gerade passiert: Lacht viel, nehmt nicht immer alles so ernst, trefft Euch mit Gleichgesinnten und bleibt positiv: Nach jeder Nacht kommt ein neuer Morgen. Das Böse in der Welt kann und wird nicht ewig regieren.

DW: Herr Menga, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

ZIVILISIERTER UMGANG

Seit dem drohenden Impfzwang vor rund zwei Jahren verteile ich nun den *Demokratischen Widerstand* hier im Ort und bin damit schon zu sehr interessantem Gespräche gekommen. Natürlich war man nicht immer einer Meinung, aber der direkte Kontakt hat dann schon dafür gesorgt, dass die Menschen zum Nachdenken gekommen sind. Auch die Frage war häufig auf der Stirn abzulesen: »Also der Typ soll jetzt der Obernazi sein? Na, das kann ja irgendwie nicht stimmen.« Das finde ich total wichtig, jetzt wo alle gegeneinander aufgehetzt werden, wo es doch um unten gegen oben geht. Macht bitte weiter so mit eurer wichtigen Arbeit.
– Simon P., Heidelberg

DROHUNG EINER TOP-GERECHTEN!

Ich bin Demokrat, als Jurist, als Mensch, als Bürger, mich immer einsetzend. Sollte ich noch ein einziges Mal Ihr Blatt in meinem Briefkasten vorfinden, werde ich dagegen vorgehen mit allen Mitteln. Seien Sie sich gewiss, ein populistisches Schmierblatt zu sein. Ich gehöre nicht zu Ihrem Zielpublikum. Kein Fundament, keine Bildung, einfach nur dumm. Ich hätte mich als Julian Assange, er ist tatsächlich mit wichtigeren Dingen befasst, gewehrt dagegen, auf Ihrem Titelblatt zu erscheinen. Sie sind alles Andere als »demokratischer Widerstand«. Sie haben Demokratie nicht und nie verstanden. Da kann einem ein Professor auch nicht weiterhelfen. Außer für die Unkritischen. Weiter so, von mir bekommen Sie Gegenwind, ebenso wie die Neonazis in dieser Gesellschaft.
– Bettina S., per Mail









Darstellung der israelischen Ausdehnung (hell) auf palästinensisches Territorium (dunkel) von der palästinensischen Delegation beim Internationalen Gerichtshof 2024 Foto: Commons

Israel hat den Bogen überspannt

China spricht für Palästina. Über das Ende der Nachkriegsordnung, das Selbstbestimmungsrecht und Widerstandsrecht der Völker | Von Cluse Krings

Das Wort von einem »historischen Moment« geht vielen Journalisten allzu leicht über die Lippen und wird zumeist inflationär gebraucht. Doch vielleicht durchleben wir derzeit tatsächlich einen Wendepunkt der Geschichte.

Nach der Zäsur der Jahre 2020 bis 2022, als den Menschen weltweit ihre Bürgerrechte aberkannt wurden, wird möglicherweise gerade eine weitere Bastion der Moderne geschleift: Die Regelbasierte Internationale Ordnung. Gemeint ist mit dieser etwas sperrigen Bezeichnung die durch die UNO nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges festgelegten Spielregeln für den Umgang der Staaten untereinander. Ihnen ist die Eroberung fremder Länder völkerrechtlich untersagt, ebenso der Völkermord, der Einsatz von nicht diskriminierenden Waffen wie Streumunition, Giftgasen oder Hunger und Durst als Kriegsmittel sowie die dauerhafte Besetzung fremder Territorien – gar mit dem Ziel, sich deren Ressourcen anzueignen oder sie dauerhaft in ihr eigenes Land einzugliedern.

Die Mehrzahl kleinerer Länder hielt beinahe acht Jahrzehnte lang diese Regeln ein, hätten ihnen im gegenteiligen Fall doch Sanktionen der Weltgemeinschaft gedroht. Die Ausnahme bildeten Stammeskonflikte entlang willkürlich von den Kolonialmächten gezogenen territorialen Grenzen. Die Schwergewichte in der UNO (United Nations Organization, Vereinte Nationen) jedoch setzten sich ein ums andere Mal über diese internationale Ordnung hinweg – allerdings gab es immer mindestens ein anderes Schwergewicht, das dagegen aufstand und sanktionierte.

KRIEG ODER VÖLKERRECHT

Gerade aber sehen wir parallel zwei Kriegsparteien, die diese Regeln brechen, ohne einen Hehl daraus zu machen: Russland und Israel. Für das deutsche Publikum ist diese Gleichsetzung wahrscheinlich ungewohnt, doch de facto gehören beide in dieselbe Kategorie, die der Aggressoren. Den Putin-Freunden sei ein Wort Sahra Wagenknechts ins Stammbuch geschrieben: »Die Beweggründe Moskaus nachvollziehen zu können, ist das Eine. Moskaus Vorgehen rechtfertigen zu wollen aber etwas ganz Anderes. Dasselbe gilt übrigens für den Hamas-Überfall vom 7. Oktober 2023.«

Nun pfeifen die Spatzen es schon lange von den Dächern, dass die Ukraine, sprich: die USA, den Krieg gegen Russland nicht gewinnen wird. Die Ukraine wie auch die internationale Gemeinschaft wird sich mit diesem Ausgang arrangieren. Israel zieht einen Völkermord kaltschnäuzig durch, von dem jedem klar ist, dass er nicht dem Aufspüren der Geiseln oder dem gezielten Kampf gegen die Hamas dient. Dabei schlägt Israel seinem Top-Gönner Joe Biden immer wieder vor den Kopf, was diesen die Wiederwahl kosten könnte. Doch bislang hält er still – abgesehen von ein paar Nebelkerzen seines Außenministers Blinken und einer vollmundigen Ankündigung, Israel zeitweise stoppen zu wollen, mit einer Halbwertszeit von weniger als vierundzwanzig Stunden.

Beide ehemalige »Supermächte« des Kalten Kriegs, Russland und die USA, treiben in je einem der parallelen Kriege den Bruch der internationalen Ordnung aktiv voran. Von ihnen wird diese in Zukunft nicht mehr überzeugend verteidigt werden können. Allein die aufstrebende Supermacht China ergreift noch einmal das Wort zur Verteidigung der UNO-Spielregeln, der Charta der Vereinten Nationen. Allerdings auf eine sehr maoistische Art, so, dass Chinas im Prinzip regelkonforme Einlassung dem Westen so wenig in den Kram passt, dass sich der entsprechende Beitrag seines Vertreters auf der Internet-Videoplattform Youtube kaum finden lässt.

»Bei der Umsetzung ihres Rechts auf Selbstbestimmung hat dieses Volk (die Palästinenser) das Recht, in den Kampf einzutreten sowie Unterstützung zu suchen und zu bekommen auf Basis dieses Rechts. Das palästinensische Volk rief seine Staatlichkeit im Jahre 1988 aus, und die wurde von über 130 Ländern anerkannt. Bei der Umsetzung ihres Rechts auf Selbstbestimmung ist Gewaltanwendung auf Seiten des palästinensischen Volks, um einer ausländischen Unterdrückung zu widerstehen und zur Schaffung eines wirklich unabhängigen Staats, ein unveräußerliches Recht, das wohlfundiert im internationalen Recht ist.

Verschiedene Völker befreiten sich aus eigener Kraft von Kolonialherrschaft und ausländischer Unterdrückung, um nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Staatlichkeit zu erlangen. Deren Erfahrungen diene als überzeugender Beleg für dieses Recht. Eine Vielzahl von Resolutionen erkennt die Legitimität eines Kampfes mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln an, inklusive dem bewaffneten Kampf von Völkern unter kolonialer Vorherrschaft oder Fremdherrschaft. (...) So zum Beispiel die Resolution der UNVV (UN-Vollversammlung) 3070 von 1973. (...) Diese Anerkennung zieht sich ebenfalls durch internationale Konventionen, beispielsweise die Konvention zur Unterdrückung des Terrorismus von 1998. Ich zitiere: ›Das Recht der Völker, ausländische Besatzung oder Aggression mit allen Mitteln zu bekämpfen, beinhaltet auch den bewaffneten Kampf, um ihre Territorien zu befreien und ihr Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu sichern.‹« – Zhang Jun, Chinesischer UN-Botschafter am 22. Februar 2024

Es ist unerheblich, ob uns die chinesische Position nun passt oder nicht – sie steht, im Gegensatz zu den Einlassungen Israels, der USA und Russlands, in Einklang mit dem Völkerrecht, und wir haben sie zur Kenntnis zu nehmen. Dabei käme ein endgültiges Aus für die internationale Ordnung mit ihren Auflagen China in Zukunft allerdings mehr als gelegen. Auch in der UN-Vollversammlung rührt sich kräftig Widerstand: Südafrika gebührt die Ehre, sich von den lächerlichen Drohungen des winzigen Israel gegen den selbstbewussten afrikanischen Brics-Wirtschaftsbündnisstaat nicht beirren zu lassen und das oberste UN-Gericht anzurufen, um den Völkermord zu stoppen. Der drei Stunden lang von den afrikanischen Spitzenjuristen vorgetragenen Argumentation war nichts entgegenzusetzen.

➔ Fortsetzung auf Seite 10

MELDUNG

ÖKONOM GEHT VON DAUERHAFT HOHEN ENERGIEPREISEN AUS

Mannheim/DW. Die Zeiten billiger Energie sind vorbei. Hohe Energiepreise dürften demnach für Unternehmen und Verbraucher zur Normalität werden. Davon ist Prof. Achim Wambach, Präsident vom Leipniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), überzeugt. »Energie dürfte nie mehr richtig billig werden. Wir haben weniger Wind und weniger Sonne als viele andere Länder«, erklärte Wambach gegenüber Nachrichtenagenturen. Dies dürfte fatale Folgen für die deutsche Wirtschaft nach sich ziehen. (kmü)

DEUTLICHE ZUNAHME VON INSOLVENZEN ERWARTET

Berlin/DW. Deutschland steckt in einer Wirtschaftskrise. Eine Studie des Kreditversicherers Allianz Trade hat ergeben, dass die Zahl der Firmenpleiten im Jahr 2024 weiter steigen wird. Demnach seien die meisten Insolvenzen voraussichtlich im Bau und im Gastgewerbe zu befürchten. Die Experten kamen zu dem Ergebnis, dass die Pleiten um 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr ansteigen werden. (kmü)

MÜLLER SCHLIESST LETZTE LANDLIEBE-STANDORTE

Heilbronn/Schefflenz/DW. Im Februar hatte die Unternehmensgruppe Theo Müller die renommierte Marke »Landliebe« übernommen. Nun sollen einem Bericht der Lebensmittel Zeitung zufolge auch die letzten beiden Produktionsstandorte bis zum Sommer 2026 geschlossen werden. Betroffen sind die Werke in Heilbronn und Schefflenz, wo Joghurts und Desserts hergestellt werden. 400 Beschäftigte stehen dann ohne Job da. (kmü)

LIEBER SPAREN ALS KONSUMIEREN

Berlin/DW. Die Deutschen halten ihr Geld zusammen und sparen so viel wie seit 2008 nicht mehr. Experten machen dafür die schwache Konjunktur verantwortlich. Wie die Marktforschungsinstitute GfK und NIM vor wenigen Tagen mitteilten, stieg das Barometer für das Konsumklima im März zwar leicht um 0,6 Punkte auf minus 29,0 Punkte, verharrt aber auf niedrigem Niveau. Obwohl die Einkommenserwartungen stiegen, zeigen sich die Verbraucher bezüglich größerer Anschaffungen »derzeit sehr zurückhaltend«, heißt es. (kmü)

ÖKO-LANDBAU GEHT ZURÜCK

Wien/DW. In Österreich werden 27,1 Prozent der Anbauflächen biologisch bewirtschaftet. Damit ist das deutsche Nachbarland EU-weit führend. Der EU-Durchschnitt liegt nur bei knapp über zehn Prozent. Doch aufgrund zu hoher Betriebskosten und zu niedriger Preise und infolgedessen zu geringen Einkommen geht die Zahl der Biobetriebe laut eines Berichts von *agrarheute* deutlich zurück. Von 2022 auf 2023 nahm die Zahl der Öko-Betriebe um 930 ab, was einem Minus von vier Prozent entspricht. (kmü)

WIR SIND DIE 99 PROZENT!

MOTOR MITTELSTAND

KOLUMNE ***von Wolfgang Greulich***

DIE UNTERNEHMEN ERGREIFEN DIE FLUCHT

Die Zeiten billiger Energie sind vorbei, das konstatierte jetzt auch Achim Wambach, Präsident des Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), seines Zeichens Ökonom. Oha, das wirkt sich auf den Arbeitsmarkt aus, weil die energieverbrauchenden Unternehmen dadurch dauerhaft zum Sparen verpflichtet werden. Ja, und Ökonom wohl deshalb, weil hier überwiegend das Geld der EU sowie von Bund und Ländern und diversen Unternehmen, Organisationen und Verbänden für eine zukunftsgerechte Forschung ausgegeben wird.

Ja, hier wird mit knappen 200 Mitarbeitern daran geforscht und gearbeitet, dass die Menschen in Zukunft auch noch gut auf unserer Erde leben können.

Der direkte Grund, man höre und staune, ist nicht etwa Putin und sein in diesem Zusammenhang so gern genannter Angriffskrieg. Vielmehr hätte es damit zu tun, dass wir in Deutschland weniger Wind und weniger Sonne haben als in anderen Ländern. Klimawandel – oder was? Und derart wichtige Meldungen werden dann natürlich via *dpa* breit gestreut, so dass die 99 Prozent auch gleich wissen, auf was sie sich dauerhaft einzustellen haben. Als wenn sie die um schlapp 41 Prozent durchschnittlich gestiegenen Energiekosten der letzten drei Jahre nicht schon längst am eigenen Geldbeutel gemerkt hätten.

Die betroffenen Unternehmen, etwa BASF, sind dagegen schon längst auf der Flucht hin zu neuen Standorten, wo es dann wahrscheinlich eben mehr Wind und Sonne gibt. Zum Glück geht es unserer Wirtschaft gut, nur die Zahlen sind halt eben gerade mal schlecht. Für solche grandiosen Aussagen ist ein Plus beim Minister-Amtsgehalt von 7 Prozent ab 1. absolut gerechtfertigt. Weniger Wind und Sonne, ja, das liegt dann wahrscheinlich wieder an Putin. Diese global zur Verdummung beitragende Manipulation in Sachen Klima, Krieg & Co ist nicht mehr zu ertragen.

In solchen Situationen vergeht dem Deutschen die Lust am Konsum, die *Tagesschau* spricht von fehlender Kauflaune, verständlich, denn wer gibt schon gerne Geld aus, das er nicht hat. Ach ja, in Berlin und in der EU können Sie das schon jahrzehntelang gut, die Frage ist: Wie lange noch? Und eine weitere Frage ist, wann die 99 Prozent endlich merken, dass es ihr Geld ist, was da vorsätzlich an allen Ecken und Enden verbrannt wird und wurde? Schleichende Enteignung nennt man das. Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Fortsetzung von Seite 9 | Von Cluse Krings

Der Auftritt Israels einen Tag später beschränkte sich im Wesentlichen auf ein dümmliches Bonmot: Der Völkermord-Paragraph sei eingeführt worden nach dem Völkermord an den Juden, da könne man nun den Juden keinen Völkermord vorwerfen. Das ist bei genauem Hinsehen ein rassistisches Argument. Die heutigen israelischen Schurken formen demnach eine Art Volkskörper mit den Holocaust-Opfern. Zum Mitschreiben: Etwa eine Million Einwohner Israels haben den Holocaust selbst erlitten. Von den heute noch lebenden 165.000 (PBS News Hour, 27. Janaur 2022) vegetiert ein Drittel unter der Armutsgrenze. Die Milliarden an Abfindung, die von der deutschen Bundesregierung und der Jewish Claims Conference an Israel überwiesen wurden und werden, fließen vor allem in Waffen und Infrastruktur. Jedes Jahr wieder demonstrieren Shoa-Überlebende gegen ihren eigenen Staat, der sie so sträflich vernachlässigt. Die Verbrecher in der Regierung Israels aber missbrauchen die Holocaust-Opfer zur Rechtfertigung ihres *New Holocaust* an den Palästinensern. (Weiter Seite 10)

Was dem deutschen Publikum bei unserer zensierten Art der Berichterstattung überhaupt nicht deutlich wird, ist, wie breit die internationale Front der Ablehnung Israels inzwischen ist. Nach der ersten Anhörung vor dem Internationalen Gerichtshof, beantragt von Südafrika, bei der es um die Frage ging, ob Israel gerade einen Völkermord begeht, wurde eine sechstägige Beweisaufnahme anberaumt, bei der Israels permanente Besetzung Palästinas auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüft wurde. Einem Eilantrag Südafrikas, der Handlungen Israels innerhalb des stattfindenden Krieges verurteilte, die einen Völkermord begünstigen könnten, hatte der Internationale Gerichtshof am 26. Januar 2024 stattgegeben (DW berichtete).

Jetzt stehen 57 Jahre Besatzungsregime im Zentrum. Doch diesmal war es nicht ein Einzelstaat wie Südafrika, der das oberste Gericht anrief, sondern die UN-Vollversammlung als Ganze. Eben jenes Gremium, das am 14. Mai 1948 jenen künstlichen Staat namens Israel per Mehrheitsvotum und gegen den ausdrücklichen Willen aller Anrainer ins Leben rief. Während der Anhörung in Den Haag zum Jahreswechsel 2023/2024 brachten 52 Länder ihre Expertise ein. Nur ein einziges von ihnen hat Israels Vorgehen unterstützt, die USA. Mit Brasilien, Russland, China und dem bereits genannten Südafrika haben beinahe alle Brics-Gründungsmitglieder sich gegen Israel ausgesprochen. Überhaupt war festzustellen, dass sich nach den Einlassungen Chinas etliche Staaten des »Globalen Südens« gegen das mächtige Amerika und den Konflikt mit Israel in einen Zusammenhang mit dem Kampf um Dekolonialisierung stellten. Selbst das kleine Mauritius widersprach den USA.

ISOLIERTES AMERIKA

Sollte der Internationale Gerichtshof dem Druck der völlig isolierten Amerikaner nachgeben — entgegen den eigenen Statuten und der Stimmung in der UN-Vollversammlung — und Israel nicht zum Stopp des Völkermords auffordern und die dauerhafte Okkupation Palästinas nicht verurteilen, dann ist tatsächlich der historische Moment erreicht, an dem die Internationale Ordnung endgültig zu Grabe getragen wird. Das wäre dann die Präzedenz für eine Annexion Taiwans durch China — und großer Teile des Pazifiks obendrein. Oder der baltischen Staaten oder Moldawiens durch Russland. Mit welchem Argument wollte man beide Mächte noch in die Schranken weisen?

So wird nun möglicherweise eine »Zeitenwende« besiegelt, gewaltiger als der ahnungslose Olaf Scholz sie sich vorstellen konnte, als er das Wort prägte. Nach dem Untergang der westlichen Kultur in den Medien der Selbstreflexion — Musik, Literatur, Theater — ab Mitte der 1980er Jahre (»Nur wer das Schweigen des Theaters hört, versteht, wie schwer krank unsere Gesellschaft ist« – Heimer Müller), nach dem Untergang der Bürgerrechte in der inszenierten CoVD-19-Hysterie der frühen 2020-er, nun also der Zusammenbruch der Regelbasierten Internationalen Ordnung in unseren Tagen. Der Weg ist frei für einen neuerlichen Weltkrieg, größer, weiträumiger und todbringender als alle bisherigen.

»In fünf Jahren muss Deutschland kriegstüchtig sein«, sagte unser künftiger deutscher Bundeskanzler Pistorius (SPD) ohne nennenswerten Widerspruch. Aber: kann denn eine solche Entwicklung überhaupt in irgendjemands Interesse sein. Aber ja, das westliche Finanzsystem bricht zusammen. In einem solchen Fall hatte Krieg noch immer die Rettung gebracht. Am Wochenende übrigens wurden erste Demonstrationen für den Krieg organisiert — ganz nach chinesischem Vorbild.

Was in diesen Tagen in Den Haag geschah, wird Wirkung erst in fünf oder zehn Jahren zeitigen. Dann aber steht die Front des globalen Südens und Ostens gegen die strauchelnde westliche Welt und ihre unfähigen Politiker. Israel aber sollte sich warm anziehen, falls »der große Bruder« demnächst nicht mehr drohend am Zaun erscheinen kann. Seine Sympathien, international, sind verspielt.

Cluse Krings, geboren 1959 in Aachen, ist ein deutscher Autor, Theatermann, Ethnologe und Journalist. Als Journalist schrieb er für Taz, ND, Tip, Zitty, Freitag, SFB – und seit 2020 für den DW.



Cluse Krings ist Anthropologe und Autor des Sachbuchs »Vom Untergang der Moderne«

MELDUNG

BASF STREICHT NOCH MEHR STELLEN

Ludwigshafen/DW. Der Chemiekonzern BASF will laut *Handelsblatt* an seinem Stammsitz Ludwigshafen bis Ende 2026 jährlich zusätzlich eine Milliarde Euro einsparen und deshalb weitere Stellen abbauen. Details würden derzeit erarbeitet. Umsätze und Gewinne bei dem Unternehmen sind stark rückläufig: 2023 machte BASF einen Umsatz von 68,9 Milliarden Euro, im Jahr davor waren es noch 87,3 Milliarden Euro. Das Ergebnis der Betriebstätigkeit (Ebit) vor Sondereinflüssen betrug nur 3,8 Milliarden Euro und somit 3,1 Milliarden Euro weniger als im Vorjahr. Für den Konzern läuft es weltweit nicht gut, doch Deutschland sei besonders stark betroffen. Problematisch seien vor allem die höheren Produktionskosten aufgrund der höheren Energiepreise. Bereits 2023 hatte das Unternehmen den Abbau von 700 Stellen angekündigt. (kmü)

GO WOKE, GO BROKE

Waiblingen/DW. Im August 2023 lederte Nikolas Stihl, Beirats- und Aufsichtsratsvorsitzender von Stihl in Waiblingen, mächtig über die AfD ab: Die Partei sei »wirtschaftlich schädlich, völkisch und realitätsfremd.« Nun denkt das Unternehmen, Weltmarktführer bei Motorsägen, darüber nach, sein neues Werk in der Schweiz statt wie zunächst angekündigt in Ludwigsburg zu bauen. Schuld seien, wie Nikolas Stihl in einem Interview mit der *Tagesschau* erklärte, höhere Abgaben, Steuern und Energiekosten hierzulande. Der Standort Deutschland sei nicht mehr wettbewerbsfähig. Inwiefern dafür die AfD verantwortlich sei, sagte er nicht. (kmü)



Daten laut finanzen.net

AGENDA 2030: DAS IDEAL OHNE DIE MENSCHEN

Ein Gedankengang zur »Weltformel« | Von Alexandra Motschmann

Im Jahr 2015 hat die Weltgemeinschaft UNO, die Vereinten Nationen, die Agenda 2030 verabschiedet und sich die 17 globale Nachhaltigkeitsziele, die Sustainable Development Goals (SDGs), für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Entwicklung gesetzt. Was hat es damit auf sich?



Demonstrant am Februar 2024 in Deutschland Foto: Demobilder

Eigentlich sollte diese Agenda ein Fahrplan für die Zukunft sein, die weltweit ein menschenwürdiges Leben ermöglicht und dabei gleichsam die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft bewahren soll. Diese 17 Ziele sind für sich betrachtet sehr ehrenwert gedacht, aber sie müssen immer von unten nach oben umgesetzt werden, um wirklich nachhaltig zu sein.

LIEST SICH SCHÖN, ODER?

Ziel 1: Armut in jeder Form überall beenden, was die Ziele 2 bis 8 beinhalten. Ziel 2: Ernährung weltweit sichern. Ziel 3: Gesundheit und Wohlergehen. Ziel 4: Hochwertige Bildung weltweit. Ziel 5: Gleichstellung von Frauen und Männern. Ziel 6: Ausreichend Wasser in bester Qualität. Ziel 7: Bezahlbare und saubere Energie. Ziel 8: Nachhaltig wirtschaften als Chance für alle.

Greift man das erste Ziel heraus und betrachtet die Umsetzung in Deutschland, so kommt man zu folgenden Zahlen, Daten und Fakten: Eine der größten Herausforderungen der Gegenwart in unserer Welt ist es, die Armut zu überwinden. Armut ist ein Mangel an finanziellen Ressourcen, ungenügende Bildung, rudimentäre Gesundheitssysteme, die Frage, wie Menschen wohnen oder wie sie gesellschaftlich sowie politisch teilhaben können.

Viele Menschen fliehen aus ihren Ländern und erhoffen sich zum Beispiel in Deutschland den Garten Eden, was jeder nachvollziehen kann, der mit Herz und Seele in der Welt steht. Doch wie viel kann Deutschland an Asylanten aufnehmen, ohne selbst in die Armut zu rutschen? Wäre es nicht nachhaltiger, in den Ländern mit hoher Armut durch beispielsweise ein soziales Jahr, Bürger (w/m) zu entsenden, um Hilfe zur Selbsthilfe zu geben?

Am 25. Januar 2023 gab es ein Treffen mit Afrika unter dem Titel »Gemeinsame Perspektiven: Zusammenarbeit mit Afrika in Zeiten des Wandels«, was ein sehr guter Schritt in richtige Richtung war, aber letztlich sind auch private Investitionen ein essentieller Teil für den Reichtum in allen Ländern. Wirft man einen Blick auf die Wirtschaft in Deutschland und auf die Gesellschaft, so hat sich leider durch die jahrelange Politik der Altparteien einiges verschlechtert und die Hilfe zur Selbsthilfe muss zuallererst in Deutschland angewandt werden, damit man, im besten Falle, auch anderen Ländern auf diesem Erdball helfen kann.

In Deutschland waren im Jahr 2022 gut 17,3 Millionen Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, was 20,9 Prozent der Bevölkerung betrifft, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) anhand von Erstergebnissen der Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) mitteilte.

Immer mehr Rentner suchen in den Mülleimern in den Städten nach Pfandflaschen, um überleben zu können. Somit muss von den Politikern zuerst auf das eigene Land geschaut werden. Betrachtet man den Bereich der Bildung, so rutschte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2020 im Zuge der Corona-Pandemie erstmals seit der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 in eine Rezession. Das Bruttoinlandsprodukt für 2020 belief sich auf 3.368 Milliarden Euro – dies entspricht einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 4,6 Prozent gegenüber 2019. Dieser Rückgang der deutschen Wirtschaftlichkeit ist stringent auch aufgrund der Abschaltungen der Atomkraftwerke und der Zurückweisung des russischen Gases unserer politischen Protagonisten im Jahre 2021 bis dato.

DU UND DEINE FACHKRAFT

Man könnte meinen, dass man durch die Asylanten in der Zukunft den Fachkräftemangel (vormals genannt: Arbeiter; red.) in den Griff bekommen könnte, was aber durch eben jene politischen Protagonisten auch nicht in Angriff genommen wurde. Der Fachkräftemangel stellt in den kommenden Jahren die vielleicht größte Herausforderung für das Feld der frühen Bildung dar. Aktuellen Vorausberechnungen zufolge werden den Kindergärten (»Kitas«) in Westdeutschland im Jahr 2025 bis zu 73.000 Fachkräfte fehlen.

Können das Menschen aus anderen Kulturen leisten? Teilweise sicherlich, doch dies muss auch in Angriff genommen werden. Und möglicherweise muss auch die Familie mehr im Sinne von Jean-Jacques Rousseau gedacht werden: »Die Familie ist die älteste aller Gemeinschaften und die einzige natürliche.« Um gegen die Armut anzugehen, ist ein gutes Gesundheitssystem Voraussetzung. Durch die große Reform der Ampelregierung werden sich die Krankenhäuser, die man eher als Heilhäuser bezeichnen sollte, entweder stärker spezialisieren, erweitern oder schlimmstenfalls auch schließen müssen. Wer entscheidet, welches Krankenhaus bleibt? Und warum gibt es einen Kampf gegen alternative Medizin?

Alternative und konventionelle Medizin müssen Hand in Hand gehen: Naturheilverfahren, Körpertherapieverfahren, einige Entspannungsverfahren und Behandlungsmethoden wie Homöopathie, Osteopathie und Eigenbluttherapie sowie Methoden der anthroposophischen und der traditionellen chinesischen Medizin, zusammen mit Chirurgie oder körperlichen Eingriffe, aber auch pharmazeutische Produkte bei schweren Fällen.

Mein Fazit hinsichtlich des wichtigsten UN-2030-Punktes: Deutschland rutscht in die Armut ab und ihre Regierung ist ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Die weiteren Ziele der Agenda: Ziel 9: Industrie, Innovation und Infrastruktur. Ziel 10: Weniger Ungleichheiten. Ziel 11: Nachhaltige Städte und Gemeinden. Ziel 12: Nachhaltig produzieren und konsumieren. Ziel 13: Weltweit Klimaschutz umsetzen. Ziel 14: Leben unter Wasser schützen. Ziel 15: Leben an Land. Ziel 16: Starke und transparente Institutionen fördern. Ziel 17: Globale Partnerschaft.

WER MACHT WAS – FÜR WEN?

Es lässt sich darüber streiten, was wirkliche Priorität hat, denn Nachhaltigkeit und Umweltschutz, somit achtsames Umgehen mit dem Leben, stehen immer im Vordergrund. Von Demokratie, Nation, Republik, Wahrheit und Lüge, wer ist für was legitimiert, Kultur und – wollen wir das? – ist damit noch gar nicht die Rede. Auch nicht davon, wer überhaupt am Ruder sitzt und wen wir dort sitzen lassen.



Alexandra Motschmann ist Dichterin und Managerin von internationalen Großprojekten in der IT-Branche. Sie lebt in Bayern.

MELDUNG

MACRON: EU-SOLDATEN FÜR DIE UKRAINE?

Paris/DW. Rückt der Dritte Weltkrieg näher? Frankreichs Präsident Emmanuel Macron schließt den Einsatz westlicher Bodentruppen in der Ukraine nicht aus. Dies teilte er nach Abschluss einer Ukraine-Hilfskonferenz Anfang dieser Woche mit. Dort beschlossen die Vertreter von über zwanzig Ländern, darunter auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), »mehr und schnellere Hilfe für die Ukraine«. »Wir werden alles tun, was nötig ist, damit Russland diesen Krieg nicht gewinnen kann«, erklärte Macron, dessen Vorschlag in Deutschland (noch) Unverständnis erntet. So sagte Grünen-Chef Omid Nouripour, dass ein Einsatz westlicher Bodentruppen in der Ukraine »überhaupt kein Thema« sei. »Es ist kein Thema in der Diskussion in Deutschland und auch nicht in einem Bündnis.« (kmü)

PUTIN WARNT NATO DEUTLICH

Moskau/DW. »Sie beginnen über die Möglichkeit zu sprechen, militärische Kontingente der NATO in die Ukraine zu entsenden. Aber wir erinnern uns an das Schicksal derer, die einst ihre Kontingente in unser Land geschickt haben. Jetzt werden die Folgen für die potenziellen Interventionisten viel tragischer sein.« In seiner Rede zur Lage der Nation am Donnerstag warnte der Präsident der Russischen Föderation vor dem möglichen Einsatz der russischen Atomwaffen. Im Falle eines Eintritts der Ukraine in die NATO komme es zum Krieg. Dies gelte auch, wenn versucht würde, die Krim und weitere Gebiete wieder der Ukraine anzugliedern. Putin schloss auch einen Rückzug aus weiteren Gebieten aus. Im Zuge des Beitritts Finnlands und Schwedens zum Washingtoner Kriegspakt werde Russland nun das Militär im Nordosten des Landes verstärken, um mit dem neuen Waffenarsenal in Skandinavien gleichzuziehen. Dies geht aus der Übersetzung der Rede laut der russischen Auslandswelle RT hervor. (ale)

LEBENSLANGE HAFT FÜR »HASS-KOMMENTARE«?

Ottawa/DW. Die kanadische Regierung um den woken Premierminister Justin Trudeau stellte am Montag einen Gesetzesentwurf zur Bekämpfung von Hass im Internet vor. Mit dem »Online Harms Act« will Kanada unter anderem »Inhalte bekämpfen«, die Hass schüren sowie zu Gewalt, gewaltsamen Extremismus oder Terror anregen. Jedem, der Völkermord befürwortet oder sich positiv dazu äußert, droht demnach eine lebenslange Haft. Wer Hass schürt oder etwa Antisemitismus befürwortet, soll mit bis zu fünf Jahren Gefängnis rechnen müssen. Die Definition von Hass ist in dem Gesetzentwurf allerdings weit gefasst. So sollen Aussagen, die Verabscheuung oder Verunglimpfung beinhalten und die stärker sind als Verachtung oder Abneigung, geahndet werden können. Sogenannte Medien-Kommissare sollen für die Überwachung sorgen und das Gesetz auslegen. (kmü)

Wird Russland den Zwei-plus-Vier-Ve kündigen?

Von Peter Haisenko

Im Zwei-plus-Vier-Vertrag, der die Grundlage für die sogenannte Wiedervereinigung ist, hat sich die jetzt größere BRD zur Einhaltung bestimmter Einschränkungen verpflichtet. Bereits seit etlichen Jahren hat die Berliner Regierung gegen elementare Teile dieses Vertrags verstoßen und Russland hat großzügig darüber hinweggesehen. Mit der Ukraine-Operation sind diese Verstöße jedoch so eklatant geworden, dass dieser Vertrag jetzt auf der Kippe steht.

Wenn sich eine Vertragspartei nicht an einen Vertrag hält, hat die andere Seite das Recht, Vertragstreue einzufordern. Kommt man dieser Aufforderung nicht nach, kann dieser Vertrag gekündigt, ja annulliert werden. Man befindet sich anschließend wieder in einem Rechtszustand, als ob es diesen Vertrag nicht gegeben hätte. Der betrogene Vertragspartner hat sogar das Recht, Entschädigung einzufordern. Dieser einfache Rechtszustand gilt vom Privatrechtlichen bis hin zu Staatsverträgen. Betrachten wir dazu einige Passagen aus dem Zwei-plus-Vier-Vertrag, der die Bedingungen für das wiedervereinigte Deutschland regelt.

Es beginnt damit, dass auf dem Gebiet der ehemaligen DDR keine NATO-Truppen stationiert werden oder auch nur dieses Gebiet für Operationen genutzt werden darf. Dieser Passus wird schon seit geraumer Zeit nicht eingehalten. Zum Beispiel wird der Flughafen Leipzig für militärische Transporte von NATO-Flugzeugen genutzt. Auch auf Bahnstrecken innerhalb der ehemaligen DDR gibt es Militärtransporte, die NATO-Soldaten und Gerät an die Ostgrenze der NATO-Staaten bringen. Auch wenn immer wieder gelogen wird, was zumindest die moralische Rechtmäßigkeit der NATO-Osterweiterung betrifft, ist hier bezüglich des Gebiets der ehemaligen DDR ein klarer Rechtsbruch festzustellen. Aber es geht weiter.

JUGOSLAWIEN WAR SCHON DER SÜNDENFALL

Der nächste Punkt in diesem Vertrag beinhaltet, dass Deutschland für alle Zeiten auf die Beschaffung atomarer, biologischer und chemischer Waffen verzichtet. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklärten völkerrechtlich verbindlich, dass das vereinte Deutschland „keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen". Spätestens mit den Einsätzen in Jugoslawien hat Deutschland dagegen verstoßen. Nun könnte man rabulistisch argumentieren, dass Deutschland gar nicht gegen seine Verfassung verstoßen kann, weil es keine hat, sondern nach wie vor nur ein Grundgesetz. Es bleibt aber die Charta der Vereinten Nationen und die deutschen Einsätze in Jugoslawien waren nicht von der UN abgesegnet.

Tatsache ist aber, dass man sich in Berlin sehr wohl darüber im Klaren war und ist, dass zumindest im innerdeutschen Rechtsgebrauch das Grundgesetz wie eine Verfassung behandelt wird. Offensichtlich wurde das mit dem Afghanistan-Einsatz, den sich Herr Struck so zurechtgebogen hat, dass „Deutschland am Hindukusch verteidigt wird". Da gab es viele Lacher aber es zeigt, dass man sich der Rechtsbrüche durchaus bewusst ist. Es gäbe noch weitere Beispiele, aber die verblassen gegenüber den Vertragsbrüchen, die im Zusammenhang mit der Ukraine begangen worden sind.

MINSKS VORBEREITUNG AUF EINEN ANGRIFFSKRIEG – ABER UMGEKEHRT

Beginnen wir mit den Minsk-Verträgen. Im letzten Jahr hat Ex-Kanzlerin Merkel mit einem gewissen Stolz zugegeben, dass sie selbst, der Franzose Hollande und auch der Ukrainer Poroschenko nicht vorhatten, diesen Vertrag einzuhalten. Er diente laut Merkel nur dazu, 6.000 in Debalzewo eingekesselte Kiew-Soldaten vor der Gefangennahme oder der Vernichtung zu retten und um Zeit zu gewinnen, Kiew massiv aufzurüsten und kriegsfähig gegen Russland zu machen. Wenn das keine Vorbereitung für einen Angriffskrieg sein soll, dann weiß ich nicht, was es sonst sein könnte. Warum wohl hat Merkel am 1. Januar 2017 den Paragraphen 80 Strafgesetzbuch nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit streichen lassen?

Was sagte dieser Paragraph? „Wer einen Angriffskrieg (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft." Allerdings fand der Artikel 26 Absatz 1 des Grundgesetzes nie Berücksichtigung. Er lautet nach wie vor: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen." Mehr dazu siehe hier (dort findet sich auch eine interessante Volte, die besagt, dass zwar die Vorbereitung, nicht aber die Durchführung eines Angriffskriegs unter Strafe steht).



Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags am 12. September 1990 in Moskau. Foto: Bundesarchiv CC

WARUM STEHT MERKEL NOCH NICHT VOR GERICHT?

Angesichts dessen ist es verwunderlich, dass sich Merkel noch nicht vor einem Gericht verantworten muss. Und nein, die Streichung am 1. Januar 2017 entlastet Merkel nicht - denn das Minsk-Abkommen wurde Jahre vorher von ihr hinterhältig aufgesetzt. Nun ist es zwar so, dass dieser Paragraph 80 nicht direkt mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag zusammenhängt, aber der Artikel 26 Absatz 1 des Grundgesetzes existierte damals schon und ist, ebenso wie das Grundgesetz selbst, Teil der Grundlagen für diesen Vertrag. So steht die Frage im Raum, ob auch das ein Grund dafür ist, dass Deutschland bis heute die 1990 versprochene neue Verfassung nicht bekommen hat. Was wären die Folgen gewesen, wenn diese Passus nicht mehr in der Verfassung aufgenommen worden wären? Hätte das die Gültigkeit des Zwei-plus-Vier-Vertrages infrage gestellt? So, wie eben jetzt die Missachtung dieser Grundgesetzpassagen.

Doch gehen wir weiter. Ganz offen wird gerade darüber diskutiert, die BRD atomar zu bewaffnen. Allein diese Diskussion ist eine klare Missachtung der Passage des Zwei-plus-Vier-Vertrags, die sagt, dass Deutschland für alle Zeiten auf die Beschaffung atomarer, biologischer und chemischer Waffen verzichtet. Gibt es eine alternative Interpretation für „alle Zeiten"? Mir ist keine bekannt. Doch es geht noch deutlicher. Erinnern wir uns nochmals: Die Regierungen der Bundesrepublik

n
rtrag



Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklärten völkerrechtlich verbindlich, dass das vereinte Deutschland „keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen".

RECHTSAKROBATIK KANN NICHT HELFEN

Hierzu gibt es sicherlich wieder rabulistische Interpretationen. Die können aber angesichts der Realität nicht stichhaltig sein. Es wird zwar immer betont, dass man keine Verantwortung dafür hat, wofür Kiew die gelieferten Waffen einsetzt, aber der einfache Fakt bleibt, dass es eben deutsche Waffen sind, die gegen Russland eingesetzt werden. Dazu gibt es schon eine Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags aus dem April 2022. Darin wird ausgeführt, dass Deutschland den Waffenstillstand mit Russland bricht, wenn hier Soldaten der Ukraine ausgebildet werden. Und genau das ist es, was Deutschland von allen anderen Ukraine-Unterstützern unterscheidet.

Deutschland lebt weiter im Zustand des Waffenstillstands nicht nur mit Russland, sondern auch mit den anderen Alliierten. Altkanzler Schröder hat wohl seinen Parteigenossen Scholz darüber aufgeklärt und das erklärt, warum letzterer mit Waffenlieferungen so zögerlich war, bis er seine Befehle aus Washington doch erfüllen musste. Aber mit der Lieferung von Taurus-Flugkörpern wäre der Tatbestand endgültig erfüllt, dass russisches Mutterland mit deutschen Waffen angegriffen wird. Nehmen wir dazu noch die unmissverständliche Ansage unserer Außenministerin. Sie sagte, sie wolle Russlands Wirtschaft ruinieren und Deutschland befände sich im Krieg mit Russland. Wie würden Sie es da als Russe interpretieren, wenn es zwar Kiews Militär ist, das deutsche Waffen gegen Russland einsetzt, Kiew das aber nicht ohne diese Waffen könnte?

IM RUSSISCHEN PARLAMENT WIRD DARÜBER GESPROCHEN

Angesichts dieser mannigfaltigen Brüche des Waffenstillstands und des Zwei-plus-Vier-Vertrags sind bereits Forderungen zur Kündigung ebendieser Verträge bis in die russische Staatsduma gelangt und formuliert worden. Glücklicherweise ist die Abstimmung über die Taurus-Flugkörper im Bundestag mit überwältigender Mehrheit gegen deren Lieferung ausgegangen. 182 Stimmen pro und 480 dagegen. Man sieht folglich, dass alle Veröffentlichungen über die Stimmungslage bezüglich der Ukraine glatte Lügen sind und dass es selbst im Regierungslager viele Menschen gibt, die noch über Verstand und Gewissen verfügen.

Glücklicherweise geschah das wohl auch deswegen, weil es mit hoher Wahrscheinlichkeit in Moskau das Fass zum Überlaufen gebracht hätte. Aber das Thema ist nicht vom Tisch. So werde ich noch kurz andeuten, welche Folgen es haben könnte, wenn Russland den Zwei-plus-Vier-Vertrag aufkündigt, weil Deutschland massiv gegen diese Verträge verstoßen hat; und diese Folgen wären nach Völkerrecht möglich und da würde auch keine „regelbasierte Ordnung" helfen. Wir sollten dabei nicht übersehen, dass bei einem Ausstieg Russlands aus den Verträgen, auch der Vertragszustand mit den anderen drei nicht mehr besteht.

UNMÖGLICHES HORRORSZENARIO? DAS KÖNNTE PASSIEREN

- Zunächst könnte Russland als Besatzungsmacht wieder Truppen im Osten stationieren.
- Die völkerrechtliche Grundlage für die deutsche Einheit und Souveränität entfällt.
- Wiederherstellung der Grenzen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, die vor dem 3. Oktober 1990 bestanden.
- Wiederaufnahme der Besatzungsrechte und -pflichten der vier Mächte in Deutschland, insbesondere in Berlin, das wieder in vier Sektoren aufgeteilt würde.
- Rücknahme der Anerkennung Deutschlands als Mitglied der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der NATO und anderer internationaler Organisationen.
- Neuverhandlung aller bilateralen und multilateralen Verträge, die die BRD seit 1990 abgeschlossen hat, inklusive aller EU-Verträge.
- Mögliche Eskalation von politischen, wirtschaftlichen und militärischen Spannungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn sowie den vier Mächten.

Klingt das gruselig? Offenbar und wahrscheinlich nicht für jeden. Warum sonst arbeiten so viele Schwachköpfe genau darauf hin? Oder sind diese Kriegstreiber derart minderbemittelt, dass ihnen die möglichen Folgen gar nicht zugänglich sind? Dass ihnen nicht bewusst ist, dass sie sich eventuell vor einem Gericht der dann wiedergekehrten russischen Besatzungsmacht verantworten müssen? Vergessen wir nicht: Die Bundeswehr verfügt nur über Mindestbestände an Munition, die nach zwei Tagen verbraucht wären. Würde also Russland das Ende des Waffenstillstands verkünden, bliebe Deutschland nichts anderes übrig, als sofort wieder zu kapitulieren. Es sei denn, die grünen Kriegstreiber wollen so die endgültige Deindustrialisierung Deutschlands herbeiführen, indem sie Russland gleichsam dazu auffordern, gezielte Schläge zum Beispiel gegen die Stromversorgung zu führen. Lieber Gott, befreie uns von den Wahnsinnigen in den deutschen politischen Führungsetagen und in den Staatsmedien, bevor es Putin tun muss!

Peter Haisenko ist Verkehrspilot, Buchautor und Journalist. Dieser Beitrag erschien zuerst auf Anderweltonline.com. Wir danken Ulli Mies, dem Autor und Anderwelt für die Veröffentlichung.



Das Letzte – von Anselm Lenz

**SEHR GEEHRTE DAMEN,
NICHT MINDER GESCHÄTZTE HERREN,
HALLO KINDER!**

Deshalb wurde er so wahnsinnig wütend: Der Demokratieaktivist und Busfahrer Thomas Brauner machte 2022 ein Satirevideo über den jungen Juristen »Markus Haintz«, in dem er diesen spaßhaft eines recht kleinen Pimmels bezichtigte. Eine derbe Zote, weil »Haintz« seit Ende 2020 systematisch gegen die Menschen in der Demokratiebewegung vorgeht. »Haintz« drehte durch.

Nun ist es soweit: Am 27. Februar setzte »Haintz« eine Pfändung gegen diese Zeitung durch. Rund 1.000 Euro ergaunerte sich der mutmaßliche V-Mann nun auch noch per Zwang und unter Ausnutzung des »Rechtsstaates« gegen den Widerstand, immerhin das weltweit führende Blatt der Corona-Aufklärung. Der skrupellose Spendensammler »Haintz«, der meines Erachtens ein systematisch agierender Täuscher ist, kann den Rachen einfach nicht voll kriegen.

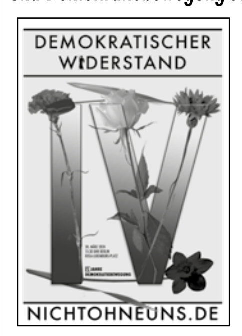
Daher hier nochmal meine ausdrückliche Warnung vor dem ehemaligen »Anwalt der Bewegung«. Bei allem Respekt vor den großen Köpfen des Fachs wie Prof. Martin Schwab (siehe Seite 5) und vielen weiteren: Vorsicht mit dem juristischen Bodensatz – ganz generell! Wir werden die Summe aus unseren bescheidenen privaten Mitteln ersetzen und rufen dem krächzenden Knäblein aus der JurFak zu: »Wir sehen uns auf der Straße, Du Asi!«



Die Berliner Intensivstationskrankenschwester Sabrina Kollmorgen bei der Kranzniederlegung für die Totgespritzten des Corona-Lügenregimes im Zuge des Marsches durch Berlin 2023 vor dem Bundestag. Foto: DW/Belickin

Kommen wir zu IV Jahren neuer Friedens- und Demokratiebewegung: Ab 28. März 2024 laden wir alle Freundinnen und Freunde, Mitstreiter, Trommler, Bauern und Leser nach Berlin zu unser aller Festtage ein. Wir würden uns freuen, wenn wieder so schöne und gelungene Veranstaltungen wie im zurückliegenden Jahr zusammenkämen. Wichtig: Am 30. März, 15:30 Uhr ab Rosa-Luxemburg-Platz startet unser diesjähriger »Marsch durch Berlin«. Wir hier sehen diesen Termin als würdigen, ernsten und im besten Sinne gehobenen Anlass unser aller Kampf. Wir gehören zusammen!

*Herzlich, achtungsvoll, demokratisch
grüßt Sie bester Dinge,
Anselm Lenz
Journalist, Verleger, Gründer der neuen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020*



Samstag, 30. März 2024, 15:30 Uhr, Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin – für die ganze Familie und für Frieden und Freiheit: Der Marsch durch Berlin von der Volksbühne bis zum Bundestag mit Kranzniederlegung für die Opfer des Regimes. Bild: DW/Feuerstacke

»DEMOKRATISCHER WIDERSTAND IST MÄCHTIGER ALS BETREUTES DENKEN«

Auszug aus »Ist das euer Ernst?! – Aufstand gegen Idiotie und Ideologie«, dem neuen Buch von Peter Hahne

Man wundert sich, dass unsere Politiker, Medienleute oder Kirchenvertreter noch ruhig schlafen können. Entweder sind sie total verblödet oder ignorant. Sorry! Ihnen scheint ihre wahre Lage völlig gleichgültig zu sein. Solange der Rubel rollt und das (Meinungs-)Monopol gesichert ist. Wäre ich noch in aktiver Medienverantwortung, hätte ich keine ruhige Nacht mehr. Ich müsste rund um die Uhr für die Reputation meiner Arbeit und meines Berufsstandes kämpfen.

Noch nie waren die tragenden Säulen unseres Staates so in der Kritik wie heute. Ganz gleich, welches Meinungsforschungsinstitut die Umfragen durchführt: *Alle* haben dieselbe Botschaft für Presse und Politik, und das schon seit Jahren: Rund drei Viertel der Bevölkerung hat dem nach keinerlei Vertrauen mehr in die Politik, die Medien, die Kirchen und die Gewerkschaften. Und was fast noch schlimmer ist: auch nicht in die Polizei und die Gerichtsbarkeit. [...]

Die Gründe für den dramatischen Vertrauensverlust lassen sich für jeden vorurteilsfreien Beobachter leicht benennen: Die Bürger haben kein Vertrauen mehr, weil die Probleme nicht gelöst, sondern stattdessen die Bürger gegängelt, bevormundet, übergangen, nicht ernst genommen und ignoriert werden. Ein Gouvernanten-Staat, der uns vorschreibt, was wir zu essen, wie wir zu wohnen, wie wir zu heizen und wie wir uns fortzubewegen haben, aber aufgrund der Einflüsterungen einer LGBTQ-Sekte jedem Vierzehnjährigen gesetzlich »erlauben« will, sein Geschlecht ohne Rücksicht auf körperliche Befunde zu »wählen«, leidet so offensichtlich unter Realitätsverlust, dass es grob fahrlässig wäre, ihm zu vertrauen. Die Bürger glauben den Institutionen nicht mehr. Wahrheit ist die Grundvoraussetzung für Vertrauen. Statt Fakten bekommen wir heute »Haltung« serviert, statt Information Ideologie, statt Kompetenz Idiotie. Wolfgang Schäuble sagte vor Jahren in meiner *ZDF*-Sendung: »Als Politiker muss ich bei allen Entscheidungen fragen: Wie viel Toleranz verträgt ein Volk?« Und diese »Toleranz« wird jetzt gnadenlos überzogen und überfordert. Kein Wunder also, dass die Umfragen so sind, wie sie sind. Dass die Straßen und Hallen bei Protesten und Demonstrationen überfüllt sind. Das Volk lässt es sich nicht mehr gefallen, wenn es im Ton von Kaiser Wilhelm oder Erich Honecker gesagt bekommt: »Wir schaffen das.« Wer ist wir? Warum kein Vertrauen? Weil niemand mehr Verantwortung übernimmt! Wo sind denn zum Beispiel ehrliche Untersuchungen, Schuldeingeständnisse und die Wiedergutmachung in Sachen CoronaMaßnahmen, »Impf«-Hauptwirkungen oder hinsichtlich der Fehlentscheidungen in der Migrations- oder Energiepolitik? Wo wird Volkes Stimme beim Gendern, bei Gewalt und Kriminalität auf den Straßen oder dem pädagogischen Angriff auf unsere Kinder gehört? Kinder, die mit Ideologie zwangsbeglückt und um Bildung betrogen, also bewusst zu Idioten gemacht werden. Was für ein Land, in dem einem alles diktiert wird, aber Kinder entscheiden sollen, welches Geschlecht ihnen gerade das liebste ist. Irre!



Nächster Bestseller: Das neue Werk von Peter Hahne: »Ist das euer Ernst?! – Aufstand gegen Idiotie und Ideologie« (Quadriga Verlag, ISBN: 978-3-86995-141-6, 12 Euro) ist seit dem 29. Februar erhältlich. Auf dieser Seite lesen Sie einen Auszug daraus.

Wegen einer »stärkeren Grippe« (WHO) haben Staat und Kirche Millionen unschuldiger Menschen über Jahre in Einsamkeit und Depression gestürzt. Ein Verbrechen! Der renommierte Labormediziner Prof. Paul Cullen meinte im *Kontrafunk*, eine Aufklärung sei »für die politische Hygiene Deutschlands« unumgänglich: »Wenn die Regierung einen solchen Druck beim Maskentragen und Impfen aufbaut, musste sie sich hundert Prozent sicher sein.« Und das konnte sie gar nicht sein. Statt dass endlich bei den Tätern die Handschellen klicken, beschert uns die Bundesregierung zu Weihnachten 2023 »111 Maßnahmen gegen die Einsamkeit«. Unfassbar! Natürlich mit Euro-Milliarden. Moderner Ablasshandel und Flucht aus der Verantwortung. Wann werden verleumdete und verteufelte, um Beruf und Ansehen gebrachte Kritiker endlich entschädigt und rehabilitiert? Das bewegt die Menschen. Und nicht, welche Armbinde Fußballmannschaften tragen sollen, wie viel Sternchen in Texten stehen oder welcher Ernährungs-Wahn gerade regierungsamtlich angesagt ist. [...]

Deutlichste Botschaft aus allen Umfragen: Das Volk fühlt sich verachtet. Und zwar gründlich. Paradebeispiel: die »Warnhinweise« bei TV-Sendungen von Otto, Harald Schmidt oder Heino. Dass inzwischen traditionelle Märchen oder gar die Bibel umgeschrieben werden, stößt auf wenig Verständnis. Nebenbei: An den Koran wagt sich keiner. Komisch. Über neunzig Prozent wollen diesen Irrsinn nicht, aber Politik, Medien und natürlich die Kirchen (wie so oft auf Seiten der Herrschenden) impfen uns dieses geistige Gift in Überdosis und scheren sich einen Dreck um Meinungsfreiheit oder das Grundgesetz. Kritiker von links werden genauso gnadenlos zum Schweigen gebracht wie die Konservativen. [...]

Die Bürger ertragen die Lügen und die Bevormundung durch die Regierungen, die Parlamente, des öffentlich rechtlichen Rundfunks und die Redaktionen großer Medienhäuser nicht länger. »Dafür bin ich 1989 nicht unter Lebensgefahr auf die Straße gegangen«, sagen gerade die Bürger in der ehemaligen DDR. Meine Güte, das muss einen doch umtreiben. [...]

Kein Vertrauen auch deshalb, weil Heuchelei und Doppelmoral an der Tagesordnung sind. Ein Staatsoberhaupt, das sich ohne Maske im Zug ablichten lässt, während die Oma, die dasselbe tut, abgeführt wird. Oder die Jünger der Klimareligion, die wie die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) nicht weniger als 57 mal mit dem Privatjet ertappt wird. Oder Journalisten, die sich von den selben Politikern für Moderationen bezahlen lassen, über die sie anschließend berichten müssen. Oder die Seilschaften im Wirtschaftsministerium, das besser Vetternwirtschafts-Ministerium heißen sollte, bei denen Spitzenbeamte so tun, als ob sie ihre eigenen Trauzeugen nicht kennen. Die Liste wäre Buch füllend!

Wie kann es sein, dass es einem freiheitlichen Staat gelingt, ein System von Denunzianten zu etablieren? Erst Corona, jetzt Klima: »Sie müssen Ihrem Nachbarn helfen, sich richtig zu verhalten ...« Der Meinungs-Blockwart und die Sprachpolizei als fünfte Gewalt. Das haben die Bürger genauso satt wie eine Lükken-Presse, die bestimmte Informationen zurückhält und Sachverhalte verschweigt.

Darauf muss man reagieren. Ich bin weder Pessimist noch Optimist. Ich bin Realist. Und das ließ mich zu Neujahr 2023 sagen: Wir, das heißt die Kritiker, die den Mund aufmachen und sich nicht länger belügen lassen, werden nicht weniger, sondern mehr. Und genauso ist es gekommen. Demokratischer Widerstand ist mächtiger als betreutes Denken und ideologischer *Mainstream*. Die Opposition in ihrem Lauf ... können auch Ochs und Esel in manchen Institutionen nicht aufhalten. »Anmaßung ist der Kopf der Schlange«, meinte Martin Luther. Man bringt sie allein durch die Wahrheit zu Fall. Demokratischer, friedlicher Widerstand zahlt sich aus. Man kann etwas bewegen, wenn man nur will...

Aus dem Kapitel »Aufstand gegen Schwurbelei und Fakenews«. Wir danken Autor Peter Hahne und dem Quadriga-Verlag für die Möglichkeit dieses Abdrucks.

Hin Da! KULTURKALENDER

02.03.2024 • Neustadt; Adresse wird bekannt gegeben • SYMPOSIUM • »Artikel 146 GG – ein Ausweg aus der Krise« mit Prof. Dr. Ulrike Guérot, Rechtsanwalt Carlos A. Gebauer und Ralph Boes, moderiert von Traumatherapeutin Birgit Assel • 15:30 Uhr – 21:30 Uhr • Tickets: ab 35 € unter krasser.guru

03.03.2024 • Taufkirchen; Kultur und Kongresszentrum, Köglweg 3 82024 Taufkirchen • WORKSHOP • » Achtsamkeit« ein Tag mit Dr. Daniele Ganser • 10:00 Uhr – 17:00 Uhr • Tickets: 180 € unter krasser.guru

04.03.2024 • Ingolstadt; Schloßländle 24, 85049 Ingolstadt • VORTRAG • »Weltfrieden« von Dr. Daniele Ganser • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 29,90 € unter krasser.guru

06.03.2024 • Bad Aibling; Käufer werden vor der Veranstaltung über Details informiert • VORTRAG • »Angst essen Freiheit auf« von Kayvan Soufi-Siavash • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27 € unter krasser.guru

06.03.2024 • Hannover; genauer Ort wird noch bekanngegeben • VORTRAG • »Wie wollen wir in Zukunft miteinander leben?« von Jens Lehrich • 19:30 Uhr – 22:30 Uhr, Einlass ab 18:30 Uhr • Tickets: 25 € unter krasser.guru

07.03.2024 • Hartmannsdorf; Gaststätte Elli Krößner, Untere Hauptstr. 45, 09232 Hartmannsdorf • DELIKAT ESSEN • »Begegnungen und Impressionen aus Moskau und Wolgograd« russischer Abend mit 3 Gänge Menü • 18:00 Uhr, Einlass ab 17:00 Uhr • Tickets: 33,70 € mit Vorbestellung unter 0172/5687371

07.03.2024 • Berlin; Al Hamra, Raumerstr. 16, 10437 Berlin • KONZERT • Soul, Blues und Pop von Mea Liebe & Band • 19:30 Uhr • Eintritt frei, um Spenden wird gebeten

09.03.2024 • Augsburg; Parktheater im Kurhaus Göggingen, Klausenberg 6, 86199 Augsburg • KONZERT/ BALLETT/ LESUNG • »Klang des Friedens – Stimmen der Freiheit« mit Simone Werner, Rairda, Rasmus Schumacher, das Ballettensemble Josipa Stage Company, Prof. Martin Haditsch und Band u.v.m. • 16:00 Uhr • Tickets unter parktheater.eventim-inhouse.de/webshop/webticket/seatmap?eventid=8527&el=true • mehr infos unter freiheitsliebe.org

10.03.2024 • Finning; Lebensraum, Hauptstr. 13, 86923 Finning • MUSIKKURS • »Klangreise« mit Lisa Schamberger • 19:00 Uhr • Tickets: 20€, Anmeldung unter klang@lisaschamberger.de

10.03.2024 • Jüterbog; genauer Ort wird noch bekannt gegeben, 14913 Jüterbog • WORKSHOP • »Die Macht der Propaganda« mit Kayvan Soufi-Siavash • 11:00 Uhr – 18:00 Uhr • Tickets: 180 € unter krasser.guru

11.03.2024 • westlich von Berlin; genauer Ort wird noch bekannt gegeben, 14778... • VORTRAG • »Die Macht der Propaganda« von Kayvan Soufi-Siavash • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 • Tickets: 27 € unter krasser.guru

13.03.2024 • München; Muffathalle, Zellstr. 4, 81667 München • VORTRAG • »Demokratie am Abgrund« von Prof. Dr. Rainer Mausfeld • 19:00 Uhr

20.03.2024 • Anger; Fürmann Alm, Irlberg 41, 83454 Anger • VORTRAG • »Deep State und Kennedy-Mord« von Dirk Pohlmann • 19:30 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erwünscht

14.04.2024 • Falkensee; Stadthalle, Scharenbergstr. 15, 14612 Falkensee • SYMPOSIUM • »Wer regiert die Welt?« mit Dirk Pohlmann, Markus Fiedler und Dr. Ulrich Gausmann, Moderation: Marius Krüger • 12:00 Uhr – 19:00 Uhr, Einlass ab 11:00 Uhr • Tickets: ab 26€ unter emma-tickets.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischer-widerstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



IST DAS EUER ERNST?!
Aufstand gegen Idiotie
und Ideologie

Peter Hahne
QUADRIGA-VERLAG
ISBN: 978-3869951416



HABE ICH GENUG GETAN?
In memoriam Gunnar Kaiser

Raymond Unger
Europa-Verlag
ISBN: 978-3958906235



ABWESENHEITSNOTIZ.
Long Covid, Short Story
Christine Prayon

Westend-Verlag

ISBN: 978-3-864894312



DAS INDOKTRINIERTE GEHIRN.
Michael Nehls

Mental Enterprises

ISBN: 978-39-81404883



DER FALL ULRIKE GUÉROT.
Versuch einer öffentlichen
Hinrichtung
Gabriele Gysi (Hg.)

Westend-Verlag
ISBN: 978-3864894503

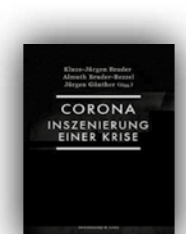


DAS KONSPIRATIONISTISCHE
MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder,
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



DIE CORONA-LITANEI –
Gedichte gegen die verordnete
Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



LONG COVID ODER POST VAC

KOLUMNE MEDIEN

Von Prof. Michael Meyen

Corona ist kein Thema mehr, und die Folgen der amtlichen Therapie sind nie eins geworden. Was die Kritiker längst wissen, blenden die Leitmedien einfach aus. Kabarett-Star Christine Prayon setzt ein Buch gegen das Schweigen.

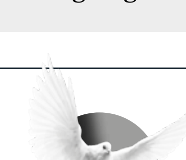
Diese Frau braucht nicht viel, um Wind zu machen. Im Sommer 2023 hat ein Interview, veröffentlicht in einer kleinen Wochenzeitung, für einen Mediensturm gereicht. Birte Schneider spielt nicht mehr mit. Schluss mit der *heute-show*, nach über zehn Jahren. Erst Corona und dann die Ukraine. Ein Unding, »Andersdenkende der Lächerlichkeit preiszugeben«. Böhmermann, *Die Anstalt*. Und: »Satire darf sich nicht daran beteiligen, den Diskurs zu verengen.«

Jetzt ist das Buch da, um das es in diesem Interview schon ging. »Ich kann nur satirisch und Kunst«, hat Christine Prayon damals gesagt. Und ob sie das kann. Sachbücher sind genug geschrieben, so wunderbare wie das von Michael Nehls zum Beispiel, der mit Orwell und Huxley spielt, aber trotzdem entschieden hat, »Das indoktrinierte Gehirn« nicht als Roman anzulegen, weil »die Zeit der subtilen Gleichnisse« vorbei sei und es jetzt auf Nüchternheit ankomme.

Christine Prayon sagt wieder nein. Ich weiß gar nicht, wie ich dieses Buch beschreiben soll. Eine Achterbahnfahrt durch die Welt der Kultur, der Verlage und der Redaktionen, die jedem der großen Deuter erlauben dürfte, sich im Spiegel von Prayons Text zu erkennen. Nach dem Kotzen, versteht sich.

»Abwesenheitsnotiz« steht auf dem Cover. Darunter: »Long Covid, Short Story«. Schlägt man das Buch auf, finden sich E-Mails, handschriftliche Kommentare, Kapitelentwürfe. Durchgestrichen, neu geschrieben, unterbrochen von Scarlett Schlötzmann, einer Bühnenfigur. Christine Prayon sucht nach einer Form, in der sie ihr Ringen um die Impfentscheidung im Herbst 2021 verarbeiten kann und das, was seitdem mit ihr und ihrem Körper passiert. Sie haut nicht drauf. Das kann sie weder als Künstlerin noch als Sprachakrobatin und schon gar nicht als Alleinverdienerin mit Kind und Kegel. Entstanden ist ein Dokument, das das Zeug hat, die Zeiten zu überdauern. Wer wissen will, wie dieses Land 2024 aussieht, der findet bei Christine Prayon eine Antwort.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



WURDEN WIR ALLE BELOGEN?

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Sylvia Riedl

Vor kurzem las ich auf einem Demo-Schild: »Ob geimpft oder ungeimpft ist total egal. Fakt ist, wir wurden alle belogen.« Im ersten Moment fand ich die Aussage zutreffend und gut. Umso länger ich aber darüber nachdenke, desto weniger gefällt sie mir. Sie ist gut gemeint, entspricht aber nicht der Wahrheit.

Dass jemand lügt, um andere zu manipulieren, ist die eine Sache, ob ich mich bereitwillig belügen lasse, die andere. Und daraus folgt: *Wir* wurden *nicht* belogen! Wir haben uns nämlich nicht belügen lassen, haben alles geprüft, die Lügen als solche erkannt und daraus die Konsequenzen gezogen. Dafür haben wir oft einen hohen Preis bezahlt, uns Diskriminierung, Ächtung und Schlimmeres durch die Belogenen zugezogen. Das soll jetzt alles egal sein!? Dies ist nur eine andere Form des weitverbreiteten Wunsches: Schwamm drüber, lasst uns alles vergessen und nochmal von vorn anfangen! Das kann man bei einem Mensch-ärgere-dich-nicht-Spiel, wenn einem die Spielfiguren durcheinander gekommen sind.

Man kann und muss neu anfangen, auch in unserer heutigen Situation, aber nicht so! Es ist eben nicht egal, wie wir uns in diesem »Spiel« positioniert haben. Mir tun (fast) alle leid, die das auf der falschen Seite taten, die sich nicht warnen ließen. Neu miteinander zu beginnen, ist am ehesten in persönlichen Beziehungen möglich, wo man sich entfremdet hat. Aber auch da geht es nicht ohne Aufarbeitung, ohne Bitte um Vergebung und deren Gewährung. Viele Familien, Freundeskreise oder Gemeindegruppen werden wohl nie wieder heil. Mir tun die Belogenen, die heute oft schwere gesundheitliche Konsequenzen tragen müssen, von Herzen leid. Aber sie hatten dieselbe Entscheidungsfreiheit wie wir. Und es gibt sicher kaum einen Geimpften, der nicht von jemandem gewarnt wurde. Doch es war der leichtere und bequemer erscheinende Weg, der im Gegensatz zur anderen Wahlmöglichkeit viele Vorteile versprach.

Damals mussten wir die Konsequenzen unserer Wahl tragen. Viele, deren berufliche Existenz vernichtet wurde, immer noch. Heute ist die Situation oft umgekehrt. Die falsche Wahl hat zu sehr vielen unabsehbaren Konsequenzen geführt. Ich bin sofort dafür, dass die Verursacher haften sollen und müssen. Aber damit man das »Spiel« gemeinsam neu beginnen kann, müssten die, die uns ausgegrenzt und verunglimpft haben, entsprechende Schritte gehen. Als Christen ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, um Vergebung zu bitten und Vergebung zu gewähren. Aber es ist nicht egal, ob die Belogenen diesen Schritt auf uns standhaft Gebliebene zugehen oder nicht.

Die Autorin Sylvia Riedl, Uelzen, ist Mutter von vier Töchtern und Großmutter von neun Enkeltöchtern.



SPORT MIT BERTHOLD

KOMMT BALD DER REGENBOGEN-MAULKORB FÜR JULIAN NAGELSMANN?

Julian Nagelsmann ließ zuletzt verlautbaren, er lehne Einmischungen aus der Politik ab. Was erwartet ihn jetzt von Seiten des politisch durchsetzten DFB-Präsidiums und der Sportpolitik?

Nagelsmann kann sich das als Trainer der A-Nationalmannschaft erlauben, seine Position ist »alternativlos«. Am 14 Juni beginnt die Fußballeuropameisterschaft in Deutschland, sein Vertrag läuft nach dem Turnier aus, dann werden die Karten neu gemischt. Wer sollte sich jetzt noch aus der Politik einmischen? Einen Sportminister gibt es nicht. Die Innenministerin Frau Faeser, die auch für den Sport verantwortlich ist, ist bestimmt nicht in der Lage, inspirierende Beiträge zu leisten.

DAS STERBEN NACH DER »IMPFUNG«

Spanien, Portugal, USA, Deutschland – in den Stadien der Welt kommt es auch auf den Tribünen immer wieder zu medizinischen Zwischenfällen. Die Zuschauer kollabieren plötzlich und unerwartet. Internationale Experten wie Professor Bhakdi haben auf die Risiken und Gefahren hingewiesen, die Politik hat alles ignoriert.

Wir haben weltweit eine Übersterblichkeit, junge Sportler sterben täglich, ganz zu schweigen von den schwachen Alten. Es gab noch nie so viele Schwangerschaftsabbrüche. Warum »müssen« Kinder unbedingt »geimpft« werden? Die Agenda dahinter ist perfide: Reduzierung der Weltbevölkerung und Unfruchtbarkeit. Solange in Deutschland und sonstwo auf der Welt keine unabhängige Aufarbeitung stattfindet, wird diese Zeit die dunkelste der Geschichte bleiben. Die Menschen wurden vorsätzlich getäuscht und verraten.



Er will, dass sich seine Spieler voll und ganz auf den Sport konzentrieren und sich aus politischen Dingen raushalten: Bundestrainer Julian Nagelsmann. Foto: Commons

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist u. a. Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

»WIR SIND NICHT NUR FÜR DAS VERANTWORTLICH, WAS WIR TUN, SONDERN AUCH FÜR DAS, WAS WIR WIDERSTANDSLOS HINNEHMEN.«
ARTHUR SCHOPENHAUER

Die kommende Ausgabe DW 164 erscheint am Samstag 16. März 2024!